

Zeitschrift: Schweizer Hotel-Revue = Revue suisse des hotels
Herausgeber: Schweizer Hotelier-Verein
Band: 29 (1920)
Heft: 7

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

No 7

BASEL

14. Februar

1920

SCHWEIZER HOTEL-REVUE

REVUE SUISSE DES HOTELS

No 7

BALE

14 Février

1920

INSERATE: Die einspaltige Nonpareilzeile oder deren Raum 75 Cts., für die Anzeigen ausländischen Ursprungs 75 Cts., Reklamen für 1.50 per Petzeile, für Reklamen ausländischen Ursprungs Fr. 2.—. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt.
ABONNEMENT: SCHWEIZ: Jährl. Fr. 12.—, halbjährl. Fr. 7.—, vierteljährlich Fr. 4.—, monatlich Fr. 1.50. Für das AUSLAND werden die Frankfurterkosten in Zuschlag gebracht. Für Änderungen von Adressen ist eine Tasse von 30 Cts. zu entrichten.

Organ und Eigentum des Schweizer Hotelier-Vereins
Organe et Propriété de la Société Suisse des Hôtelières

Erscheint jeden Samstag
Neuauflage zweimalig
Jahrgang
Ving-neuvième Année
Paraît tous les Samedis

ANNONCES: La ligne de 6 points ou son espace 50 cts., les annonces provenant de l'étranger 75 cts., réclames 1.50 par petite ligne, réclames provenant de l'étranger fr. 2.—. Rabais proportionnel dans les cas de répétition de la même annonce.
ABONNEMENTS: SUISSE: Douze mois fr. 12.—, Six mois fr. 7.—, trois mois fr. 4.—, un mois fr. 1.50. Pour l'ÉTRANGER, on compte en outre les frais d'affranchissement. Pour les changements d'adresse il est perçu une taxe de 30 centimes.

Postcheck- & Giro-Konto No. 85. Redaktion und Expedition: Leonhardstrasse No. 10, Basel. Verantwortlich für Redaktion und Herausgabe: A. Kurer. TÉLÉPHONE No. 2406. Rédaction et Administration: Leonhardstrasse No. 10, Bâle. Druck: Schweizerische Verlags-Druckerei G. Böhm, Basel. Compte de chèques postaux No. 85.

Siehe Warnungstafel!

An die tit. Sektionsvorstände und die verehrlichen Mitglieder!

Die Angestelltenverbände tragen den Kampf um den Gesamtarbeitsvertrag im Kanton Graubünden in den Inseratenteil der Tagespresse hinein. Einer solchen Kampfmanier können und wollen wir vorläufig nicht folgen; sie passt auch schlecht in die Zeit der Teuerung und Teuerungszulagen hinein und erweckt das Kopfschütteln nicht bloss des nicht interessierten Publikums, sondern auch manches ruhig denkenden Angestellten.

Dagegen bitten wir dringend, überall dafür besorgt zu sein, dass die Tages- und Lokalpresse ihre Leser anhand der wahrheitsgetreuen Berichte der „Hotel-Revue“ über die Situation orientiert. Die schweizer. Pressebureaus tragen ihrerseits zur Aufklärung auf Grund unserer tatsächengemässen Darstellung ebenfalls bei.

Vereinsnachrichten.

Der geschäftsleitende Ausschuss hat in seiner Sitzung vom 4. und 5. Februar in Basel, an der die HH. Zentralpräsident Bon. Vizepräsident Häfeli und Golden, sowie Direktor Kurer teilnahmen, eine sehr reichhaltige Traktandenliste behandelt. Wir nennen daraus neben den Protokollgenehmigungen die Prüfung der finanziellen Lage des Vereins und das Budget pro 1920 inklusive neue Gehaltsordnung, Bericht über die Hilfsaktion und Beschlussfassung über die Volkswirtschaftsdepartementes und des Zentralvorstandes, Preisnormierungsfrage und Beschlussfassung betr. Erledigung der Pendenzen, Bericht betr. den Gesamtarbeitsvertrag, die Tätigkeit der Berufszentrale, die Ausarbeitung eines Kommentars zum G. A. V. und die Differenzen im Kanton Graubünden, Sichtung der Anmeldungen für den Leiter des Plazierungs-bureaus, Finanzfrage dieses Bureaus, Stellungnahme zum weiten Vorgehen des Verbandes der Interniertenhotels, Verlegung des Zentralbureaus, Vorbereitung der nächsten Sitzungen des Zentralvorstandes, die auf den 20. und 21. d. M. einberufen wird. — Dazu kam die Entgegennahme einer grösseren Anzahl von Mitteilungen der Direktion und von entsprechenden Entscheidungen.

Unter Hinweis auf die oben avisierte Sitzung des Zentralvorstandes werden die Sektionen und Einzelmitglieder ersucht, Anfragen und Angelegenheiten, die ev. unter Mitteilungen oder Diverses dort vorgebracht werden sollen, rechtzeitig der Direktion zu melden.

Montag den 9. ds. gewährte Herr Bundespräsident Motta den HH. Quattrini, von der Schweiz. Verkehrszentrale, und Direktor Kurer, denen sich in freundlicher Weise Herr Nationalrat Dr. Zimmerli, Luzern, beigesellte, Audienz in Sachen Reklamationen betr. Ein- und Ausreiseschwierigkeiten der Hotelgäste. Dabei wurde auch die Frage der Entscheidung der Interniertenhotels zur Sprache gebracht. Herr Bundespräsident Motta, der den sich an das Erreichbare und unter obwaltenden Verhältnissen Angezeigte haltenden Wünschen der Delegation in Sachen Fremdenpolizei wohlwollendes Verständnis entgegenbrachte, vermittelte derselben auch noch eine Konferenz beim stellvertretenden Leiter des Justiz- und Polizeidepartementes, Herrn Bundesrat Haab, der auch Herr Professor Delaguis als Abteilungschef dieses Dienstes beim Ressortdepartement bewohnte. Dem Chef des Eisenbahndepartementes wurden auch die Wünsche betreffend besserer Gestaltung des Reisendenverkehrs unterbreitet. Wir kommen auf die Angelegenheit bei der Berichterstattung über die nächste Zentralvorstands-Sitzung, die sich mit diesen Fragen zu befassen hat, zurück. **Für heute wiederholen wir die Bitte, uns alles Klagenmaterial sofort und möglichst mit präzisen Ort-, Zeit- und Personenangaben zuzustellen, da eine gemeinsame Eingabe an den h. Bundesrat beabsichtigt ist.**

Hotelführer pro 1920.

Die Durchführung der Preisnormierung ist eine beschlossene Sache, verbindlich für alle Sektionen und für jedes Mitglied. Der darauf basierende Hotelführer muss unverzüglich in Druck gegeben werden, sonst gefährden wir die kommende Saison in unverantwortlicher Weise. Die schweiz. Verkehrszentrale, die Verkehrsverbände der S. B. B., dutzende und hunderte von Petenten aus den Ländern, die uns Gäste senden können, verlangen tagtäglich nach ihm. Es ist ein Akt der Klugheit und der Kollegialität zugleich, wenn hier kleinliche oder im Moment vielleicht begründet erscheinende und ernsthaftere Bedenken fallen gelassen werden.

Akte der Selbsthilfe erfordern Grosszügigkeit! Hier ist Platz, ja unbedingte Notwendigkeit dazu! Die Sache darf nicht acht Tage mehr hingehalten werden! Jedes Zögern wird zum Unrecht an denen, die ihre Pflicht erfüllen wollen, und an sich selbst.

Reiseagenturen.

Aus Mitgliederkreisen wird uns zur Kenntnis gebracht, dass Reiseagenturen, darunter auch amerikanische, sich bemühen, von den Hoteliers höhere Provisionen und weitgehendere Vorteile zu erlangen, als nach den Vorschriften des S. H. V. zulässig. Wir bitten die verehrlichen Mitglieder dringend, derartige Vermutungen ohne alle Umschweife von der Hand zu weisen und sich durch keinerlei Manipulationen einschüchtern zu lassen. Durch Schwierigkeiten aller Art sind die Hoteliers heute gezwungen, ihre Preise so knapp zu berechnen, dass für weitgehende Vergünstigungen kein Raum mehr ist. Alle Kenner der Verhältnisse werden dies ohne weiteres einsehen.

Vorort
des Schweizerischen
Handels- und Industrie-Vereins

An die Sektionen.

Es ist in der Schweiz schon oft vorgekommen, dass bei der Eintragung von Aktiengesellschaften oder Genossenschaften ins Handelsregister die Kapitalbeteiligung der Mitglieder in ausländischen Währungen angegeben worden ist. Dasselbe ist auch zu sagen von Kommanditgesellschaften, wo die Kommanditsumme in fremder Währung angegeben sein kann. Da es nahe liegt, dass vielfach zur Finanzierung von Unternehmungen ausländisches Kapital Verwendung findet, und da das Schweizerische Obligationenrecht im Gegensatz zum Deutschen Handelsgesetzbuch keine Bestimmung enthält, wonach in der Schweiz eingetragene Gesellschaften nur ein auf schweizerische Währung lautendes Kapital haben können, haben die Behörden bis jetzt gegen die Eintragung von solchen Kapitalbeteiligungen in ausländischer Währung Einwendungen nicht erhoben. Dagegen wurde die Nebeneinanderstellung mehrerer Währungen für dieselbe Summe mit Rücksicht auf die Labilität der Währungsverhältnisse und die sich daraus ergebende Komplizierung der Haftungsfrage grundsätzlich abgelehnt.

Die heutige Gestaltung der ausländischen Kurse legt nun die Frage nahe, ob die bisherige Praxis beibehalten werden darf oder ob nicht im Interesse der Rechtssicherheit und der schweizerischen Volkswirtschaft verlangt werden soll, dass alle Kapitalbeteiligungen, soweit sie im Handelsregister zur Eintragung gelangen, nur auf schweizerische Währung lauten können. Der tiefe Stand mehrerer ausländischer Valuten lässt es angezeigt erscheinen, diese Massnahme ernsthaft in Erwägung zu ziehen.

Würde eine solche Verfügung erlassen, sei es eine Verordnung oder eine blosse Administrativmassnahme, so würde das zur Folge haben, dass die aus der Kapitalbeteiligung sich Dritten gegenüber ergebenden Verpflichtungen unter allen Umständen in schweizerischer Währung zu bemessen wären. Eine solche Bestimmung würde das schweizerische Recht mit dem deutschen in Übereinklang bringen, da nach § 180 des Deutschen Handelsgesetzbuches die Höhe des Betrages der einzelnen Aktie in Markwährung anzugeben ist.

Die hier vom eidg. Justiz- und Polizeidepartement aufgeworfene Frage ist von grosser volkswirtschaftlicher Tragweite, indem sie einer Verpflichtung von in der Schweiz arbeitenden ausländischen Kapitalien steuern

und damit eine Schädigung der schweizerischen Volkswirtschaft im allgemeinen verhindern will.

Wir ersuchen Sie nun, reichlich prüfen zu wollen, welches von Ihrem Gesichtspunkt aus die Wirkung der angedeuteten Massnahme wäre und ob Sie gestützt auf diese Prüfung glauben, der Bundesrat sollte sich entschliessen, in diesem Sinn Vorkehrungen zu treffen. Wir bitten Sie, dabei weniger rechtliche als vor allem volkswirtschaftliche Erwägungen in Betracht zu ziehen, da der Erlass einer solchen Verfügung, wenn einmal die wirtschaftliche Notwendigkeit nachgewiesen ist, kaum irgendwelchen rechtlichen Schwierigkeiten begegnen dürfte.

Da die Angelegenheit dringender Natur ist, erbitten wir uns Ihre Vernehmlassung bis spätestens Ende Februar 1920.

Namens des Vororts des
Schweizerischen Handels- u. Industrie-Vereins:

Der Präsident: Alfred Frey.

Der I. Sekretär: Hultegger.

NB. Die tit. Sektionsvorstände des S. H. V. werden um möglichst baldige Vernehmlassung zu vorstehendem Zirkular an die unterzeichnete Stelle ersucht. Wir sind auch dankbar für Meinungsäusserungen einzelner Mitglieder, die sich um die wichtige Angelegenheit besonders interessieren.

Direktion des Zentralbureau S. H. V. Basel.

Der Gesamtarbeitsvertrag in Graubünden.

(Einigungsverhandlungen vor der Berufszentrale.)

Die auf den 29. Januar anberaumte, dann wegen Verhinderung des Obmanns, Herrn Fürsprech Häfeli, verschobene Sitzung der Berufszentrale konnte erst Montag, den 2. Februar, in Zürich stattfinden. Die Vertreter beider Parteien waren vollständig anwesend, desgleichen die Delegation des Bündnerischen Hotelier-Vereins sowie der Direktor des Zentralbureau S. H. V. Von beiden Seiten des Personals waren diesmal wiederum Fachleute erschienen, zum Teil solche, die schon an der Churer Konferenz vom 12. Januar teilgenommen.

Gleich zu Beginn der Sitzung konstatierte der Obmann, dass die Berufszentrale hier nicht als Schiedsgericht tate, sondern als Vermittlungsinstanz zwischen dem Bündnerischen Hotelier-Verein und den Angehörigen der Union Helvetica, bezw. den Angestellten überhaupt funktionierte. Soweit eine Klage gegen den Schweizer Hotelier-Verein vorliegen würde, wäre sich Direktor Kurer sofort die formellen und materiellen Einreden sowie das Recht, überall da, wo der gegenwärtige G. A. V. Mängel aufweise oder direkt unerfüllbar sei, auf laute Beseitigung dieser Defekte zu dringen und Verhandlungen über einen zukünftigen G. A. V. und partielle Verträge oder endlich über das Fallenlassen derartiger Vorkehren in der Zukunft vorzubereiten. So ganz es also vorendet wurde, «Ankläger» noch «Beklagte» und es konnte *ad par* in die materielle Aussprache eingetreten werden, die dann zu folgenden Resultaten führte:

Arbeits- und Ruhezeit. Hier soll nicht der G. A. V., sondern das kantonale Ruhetagesgesetz mit seinen Ausnahmsbestimmungen Recht schaffen, wodurch zu vernünftigen Vereinbarungen über Arbeits-, Ruhe- und Freizeiten zwischen Prinzipalität und Personal nunmehr der Weg offen ist.

Anstellung ohne Lohn. Der Personalführer machte den Vorschlag, im G. A. V. den einschlägigen Passus stehen zu lassen, wie er ist, dagegen solle für solche Anstellungen und Fälle, wo übermässige oder hohe Trinkgeldentnahmen (Concierge, Trinkhallenmädchen, Badmeister, Masseur, Masseuse, Liftier) die Regel bilden, die feste Entlohnung wegfallen resp. die Berufszentrale entscheiden, ob sich feste Saläre da noch rechtfertigen lassen. — Diesem Vorschlag wurde zugestimmt.

Klassifizierung der Hotels. Herr Direktor Angst-St. Moritz befürwortete das Postulat der Bündner Hotelier, die Hotels, statt in zwei, in vier Tarifklassen anzulegen, wodurch eine objektiv gerechtere und schärfere Trennung der einzelnen Häuser herbeigeführt werden könnte. — Das Postulat wurde jedoch nach eingehender Behandlung und nach einer Zwischenberatung der Prinzipaldelegation unter sich fallen gelassen, nachdem man sich dahin entschieden, die Berufszentrale solle die im G. A. V. vorgeschriebene Klasseneinteilung durchführen und dabei heute bestehende Härten zu mildern suchen.

Feste Löhne. Die Postulate des Bündnerischen Hotelier-Vereins sehen bekanntlich vier Hotelierklassen vor; sie offerierten für verschiedene Personalkategorien auch wesentlich höhere Löhne unter der Bedingung, dass die Saisonzuschläge abgeschafft werden. Diese Offerte lief jedoch dahin, als sich im Laufe der Besprechungen der Unzulässigkeit des Personals hinsichtlich der Saisonzuschläge herausstellte.

Saisonzuschläge. Bei dieser Position hielten die Prinzipalvertreter an ihrem Standpunkt prinzipiell mit aller Zähigkeit fest, schlugen aber vergleichsweise folgende Ansätze für kurzfristige Engpässe vor: Einmal 30%, bis zu zwei Monaten 20% Zuschlag, sowie eventuelle Berücksichtigung des dritten Monats, welche Ansätze jedoch abgelehnt wurden. Daraufhin machte Herr Kienberger

den Vermittlungsvorschlag: bis ein Monat Anstellungslauer 40%, bis zwei Monat 25%, bis drei Monat 15% Zuschlag zu berechnen, während längere Engagements nicht unter den Begriff der sog. Saisonanstellungen fallen sollen. Herr Baumann lebte auch diese Ansätze, da sie nach seiner Ansicht faktisch einer Aufhebung des G. A. V. gleichkämen. Immerhin löste er einen Lösungsversuch in der Richtung an, dass die Berufszentrale ermächtigt werde, die «Saisonzuschläge» in allen denjenigen Fällen zu reduzieren, wo die Hotels den Nachweis leisten, bei den Ansätzen der A. V. nicht existieren zu können. Als aber diese Zustimmung von Herrn Dr. Münch seitens der Prinzipalität abgelehnt wurde, erklärte der Personalführer: «Die anwesenden Vertreter der Angestelltenverbände können in dieser Sitzung keine bindenden Verpflichtungen eingehen; sie müssen die Vorschläge und Postulate der Bündner Hotelier zunächst nochmals den kompetenten Instanzen ihrer Verbände zur Ratifikation vorlegen; dagegen mache er sich anheischig, dem Obmann der Berufszentrale sowie dem Präsidenten der Delegation des Bündnerischen Hotelier-Vereins, Herrn Branger, die endgültige Antwort der Verbände bis zum 4. Februar morgens zu übermitteln.»

Damit hatten die materiellen Verhandlungen ihren Höhepunkt überschritten. Die Prinzipalvertreter nahmen die Erklärung Baumanns zur Kenntnis, in der Meinung, dem Entscheid der Personalverbände ruhig Blutes zusehen zu können. Dabei ist festzuhalten, dass der Obmann selbst die Frage der Anwendbarkeit des bündnerischen Ruhetagesgesetzes und der dazugehörigen Ausnahmsbestimmungen zur Diskussion stehend bezeichnet hatte. — Im fernern übernahmen die Vertreter der Prinzipalität noch die moralische Verpflichtung, auf den Bündner Hotelier-Verein im Sinne einer Erhöhung der Saläransätze für einzelne Kategorien der Küche (Chef de partie, etc.) einzuwirken, die offenbar in vielen Betrieben noch nicht der Arbeitsleistung entsprechend entlohnt werden. Die Delegation versprach, die Sektionen des Bündner Hotelier-Vereins zur Abstellung des gerügten Uebelstandes aufzufordern. — Was so dann die Klage gegenüber der Berufszentrale, die das Zentralbureau S. H. V. anbelangt, so konnte dieselbe nicht behandelt werden, da laut Reglement der Berufszentrale vorher dem S. H. V. eine Abschrift der Klage zugestellt und ihm ausserdem eine Frist von mindestens 5 Tagen zur Vernehmlassung eingeräumt werden muss.

Im übrigen hinterliess der Verlauf der Sitzung keinen schlechten Eindruck. Die Anwesenheit von Fachleuten auf der Gegenseite scheint offenbar auf die Kampfesart ihrer Wortführer einen massigen Einfluss ausgeübt zu haben, wodurch die ganze Diskussion an Sachlichkeit nur gewann. Einzig dem Regionalsekretär Böhm blieb es vorbehalten, aggressive Töne anzuschlagen, indem er die schwere Beleidigung fallen liess, die Hotelier Graubündens strebe ihre Sanierung auf Kosten der Angestellten an, eine Unverschämtheit, die dem Leiter der Regionalsektion, Herrn Branger, zur Verweisung seitens des Herrn Branger eintrug. Da neben verliefen die Verhandlungen glatt und reibungslos, dank der vorbildlichen Geschäftsführung des Vorsitzenden. Zu bemerken ist hierbei noch, dass die Sitzung jenen zu Zwischenbesprechungen der beiden Parteien über die unstrittenen Punkte für kürzere oder längere Zeit unterbrochen wurde. Ebenfalls ein gutes Mittel der Beruhigung und zum mindesten ein Zeichen dafür, dass der G. A. V. auch von der Gegenseite als «diskutierbar» erachtet und die Notwendigkeit der Berücksichtigung verschiedener Verhältnisse und der einzelnen Häuser» nach wie vor anerkannt wird!

Nach solchem Ergebnis der Vermittlungssitzung hätte man annehmen dürfen, einer scheidlichen Verständigung sei nun die Bahn geöffnet und der drohende Bruch könne vermieden werden. Allein diese Hoffnung war trügerisch! Die endgültige Erklärung der Personalverbände über Annahme oder Ablehnung der Postulate des Bündnerischen Hotelier-Vereins ist, wie wir unsern Lesern in der letzten Nummer bereits kurz mitteilen, mit Ausnahme des Punktes der Arbeits- und Ruhezeiten, negativ ausgefallen. Der Personalvertreter tat offenbar hier prinzipielle Zustimmungserklärung, unter dem Eindruck direkter konzilianter Verhandlungen zustande gekommen, nachträglich wieder leid, als sie unter sich allein war, — vielleicht auch hatte sie die ablehnende Antwort schon in Zürich fix und fertig in der Tasche und argumentierte dort nur um Zeitgewinn! — Genug, die «Union Helvetica», die letzte Woche seit Monaten zum ersten Mal in Basel war, vermittelte uns bereits den negativen Bescheid, einige Stunden bevor wir über Chur telegraphisch davon in Kenntnis gesetzt wurden. — Dieser Bescheid, der Herrn Branger, Hotel Lukmanier, Chur, am 4. Februar ebenfalls per Telegramm übermittelt wurde, lautet folgendermassen:

Luzern, 4. II. 1920.

Branger, Lukmanier, Chur.

Die vereinigten Personalverbände lehnen grundsätzlich materiellen Einbruch in Gesamtarbeitsvertrag ab. Bleiben ohne Präjudiz für andere Landesteile bereit, obson Ratifikationsprotokoll 4. August sie nur zu Entgegenkommen in Einzelheiten verpflichtet, die bündnerischen Hotelier generell die Anwendung des kantonalen Ruhetagesgesetzes gegenüber entsprechenden Bestimmungen von Art. 19 Arbeitsvertrag zugestehen, unter den Bedingungen: gütliche Vertragsanerkennung und strikte Durchführung in allen andern Teilen, strikte Durchführung des Gesetzes in erheblichen Ausnahmefällen, worüber Ihnen unsere Auffassung bekannt, richtige Kontrolle des Gesetzes seitens öffentlicher Gewalten. Halten diese Konzession aufrecht bis Donners-tag abend.

Für Ablehnung übriger Begehren entscheidend: Bündner Hoteller- und Vertretung Schweizer Hoteller-Verein bewegen sich noch immer nicht auf Rechtsboden. Sie reden immer noch von Vertragsanerkennung nur dann, wenn ihnen Konzessionen gemacht werden, noch immer ist die prinzipielle Berechtigung der Saisonzuschläge, nennen den Vertrag, der dem Personal nach Jahren schwerster Kriegsnot minimale Existenzbedingungen verschaffen sollte, noch immer unmoralisch und willkürlich. Das gegen die Vertragsanerkennung und die Angestelltenverbände trotz Friedensklauselei seit Sommer unternommenen Repressivmassnahmen raubten Vertrauen und zerstörten leider den Glauben an den guten Willen. Es ist unbestreitbar, dass dem Arbeitsvertrag aus dem Kanton Graubünden auch aus prinzipiellen Gründen, weil ein Instrument kollektiver und verbindlicher Regelung der Arbeitsverhältnisse, Opposition gemacht wird, was Verhalten Bündner Handelskammer, mit der sich Hotellerie solidarisiert, und Äusserungen der letzten «Hotel-Revue» belegen. Annahme regionaler Sonderzustandslösungen offenbart bestimmt, nach und nach vorzeitig den ganzen Landesvertrag einzureissen. Wir halten uns deshalb bezüglich an deutliche Erklärungen Kuriers, welche über Tragweite der Bündner Sonderaktion keinen Zweifel lassen. Gleichzeitig verurteilt man jegliche gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse, Abzinsungen, die rechtlich bis 1921 an einen Arbeitsvertrag gebunden sind, streben unaufhaltsam und mit beherrschender Konsequenz der vorzeitigen Auflösung dieses Vertrages zu. Derart bedroht, ziehen die Angestellten vor, ihr unzweifelhaftes Recht nicht der Gefahr planmässiger Vernichtung auszusetzen, sondern es in der Hand zu behalten. Die Personalverbände überlassen den Arbeitgeberorganisationen, Richter zu suchen, die drohungsgemäss mit Beziehung auf die behauptete «Unmoralität» des Vertrages, ihren Standpunkt behaupten und den Vertrag vorzeitig ausser Kraft setzen würden. Die Personalverbände scheuen diese rechtliche Auseinandersetzung nicht. Es kann endlich nicht bestritten werden, dass die bündnerischen Stationen diesen Winter eine sehr erfreuliche Frequenz aufweisen und andererseits mit einem Minimum an Personal auskommen trachten: wenn nun gleichwohl nicht einmal das vertragliche Minimum zugestanden werden will, so beweist dies, dass die notwendigen Lebensbedürfnisse der Angestellten zum Zwecke der finanziellen Rekonstruktion der Hotellerie überhaupt nicht in Betracht gezogen werden sollen und dass dieser Zustand offenbar ohne jede Rücksicht auf die Frequenz und die reine Betriebsrechnung noch Jahre andauern und zum Raubbau an den Angestellten führen müsste.

Für den Fall Annahme der eingangs gestellten Konzession bis Donnerstag abends bleiben wir mit den Personalverbänden zu prüfen bereit, ob in begründeten Einzelfällen, wo die Vertragsanwendung allzu hart ausfallen würde, im Sinne der an der Berufszentrale von uns gestellten Forderungen Erleichterungen bewilligt werden können. Die Konzession betrifft Ruhegesetz und ist auch nach event. Annahme unsererseits widerruflich, sobald eine der an diese Konzession geknüpften Bedingungen sich nicht erfüllen sollte.

sig. Baumann.

Darauf erging seitens der Delegation des Bündnerischen Hoteller-Vereins am 5. Februar die nachstehende Antwort:

Union Helvetia, Luzern.

- Bündnerischer Hoteller-Verein hält fest an:
1. Ausschliesslicher Geltung des kantonalen Ruhegesetzes bezüglich Regelung der Arbeitszeit, Ruhezeit und Freizeit;
 2. Saisonzuschläge gemäss Antrag Kienberger;
 3. Trinkgeldverrechnung für die ganze Saison;
 4. Anstellung von Concierges, Badmeister, Masseurs, Masseuses, Liftiers, Tischbedienten, etc., grundsätzlich ohne Lohn, besondere Vereinbarung im Einzelfalle vorbehalten.

sig. Branger.

Und nun trat der Bruch ein, indem die Personalverbände über die Hotellerie Graubündens die Sperre verhängten. Dieser Schritt trifft die Prinzipalität nicht unerwartet: er war voraussehbar, und daher die Hotellerie auf den Schlag gerüstet, da der Kampf — nachdem das kantonale Ruhegesetz und die von der Prinzipaldelegation angenommenen Zuschläge für kurzfristige Engagements den vorwiegenden Forderungen der Angestellten voll Rücksicht tragen — nicht mehr der Erlangung besserer Ruhe- und Freizeit sowie höherer Salarierung galt, sondern offensichtlich auf eine reine Machtprobe hinauslief, hat doch der Personalführer vor Zeugen erklärt: «Die Hoteller müssen zu Kreuze kriechen, dafür werde ich sorgen». Wir neiden dem sogenannten Sieger vom 4. August 1919 seinen Erfolg: die Angestellten in eine keineswegs rote Lage gebracht zu haben, keinen Augenblick, möchten aber doch die Frage aufwerfen, ob es nicht auch vom Standpunkt des Personals verständiger gewesen, statt am Wortlaut des G. A. V. steifnackig festzuhalten, der klugen Einsicht der Berufsleute, die in der Hotellerie Graubündens arbeiten, Folge zu geben und gemeinsam mit ihren Brotgeldern die wirtschaftliche Depressionsperiode durchzuhalten. Freud und Leid dieser Übergangszeit gemeinsam zu tragen. Die Funktionäre der Personalverbände haben die Sache anders gedreht: sie an den Angestellten nun ihnen den verdienstlichen Dank abzustatten! Die Prinzipalität aber darf sich angesichts der heutigen Schlage das Zeugnis ausstellen, bei allem Festhalten an ihrem Standpunkt in ihren Zuständigkeiten bis an die Grenze dessen gegangen zu sein, was die Sorge um die eigene Existenz, die Sorge um den Bestand ihrer Unternehmen gerade noch erlaubte. Es trifft sie an dem zur Tatsache gewordenen Bruch kein Verschulden — sie kann daher auch dessen Folgen und Konsequenzen in aller Gemütsruhe entsehtehen.

Das soll nicht das Ziel der Graubündner Hotellerie Beruhigung und Wegleitung sein, sondern überall da, wo die Verhältnisse zu gleicher Stellungnahme zwingen!

Einiges über den „Kommentar Baumann“.

(Eingesandt.)

(Fortsetzung.)

In Art. 19 des G. A. V. wird bezüglich Zusammenlegung der Ruhetage den Betrieben in nichtstädtischen Verhältnissen grössere Bewegungsfreiheit eingeräumt. Diese Vergünstigung konnte gewährt werden, weil Angestellte in nichtstädtischen Betrieben weniger das Bedürfnis regelmässiger Ausspannung haben. Der Sinn der Bestimmung ist ein vernünftiger und zweckmässiger, die redaktionelle Fassung aber eine unglückliche. Es sollte nicht zwischen städtischen und nichtstädtischen Verhältnissen unterschieden werden, auf keinen Fall sollte

sich diese Differenzierung auf die Plätze, sondern vielmehr auf die einzelnen Häuser beziehen, und auch dann wäre besser, wenn von Häusern mit kontinuierlichem und von solchen mit nicht kontinuierlichem Betriebe gesprochen würde, um eine irrtümliche Auffassung auszuschliessen. Dem wir sagen uns, dass nicht alle Hotels und Pensionen einer Stadt städtische Verhältnisse, will sagen kontinuierlichen Hochbetrieb aufweisen. Ich erinnere daran, dass z. B. auf zürcherischem Stadtgebiet und wohl auch in andern Städten Häuser bestehen, die fast reine Saisonbetriebe darstellen und umgekehrt können in nichtstädtischen Verhältnissen Hotels vorkommen, die einen städtischen kontinuierlichen Betrieb haben, so dass deren Angestellte der regelmässigen Frei-Tage bedürfen, so gut wie diejenigen des grossstädtischen Vollbetriebes. Einer solchen vernünftigen und sachgemässen Auslegung steht die Interpretation Baumanns gegenüber, der städtische und nicht städtische Plätze geschieden wissen will und so auf Seite 46 (K. B.) dazu kommt, alle Betriebe der Plätze Montreux, Vevey, Locarno, Damos, Interlaken etc. als städtische zu klassifizieren. Damit wäre ein Saisonhotel in Interlaken mit einer Betriebsdauer von 3—4 Monaten, oder ein ruhiges Krankenhaus in Davos mit ungefähr gleich langer Saison, den Hotels am Hauptbahnhof der Grossstadt gleichgestellt. Wir erlauben uns, der Berufszentrale den Vorschlag zu unterbreiten, es möchte die Unterscheidung städtisch und nicht städtisch sich auf die Häuser und nicht auf die Plätze beziehend und im Sinne von kontinuierlichen und nichtkontinuierlichen Betrieben ausgelegt und gleichzeitig mit der Rangklassifizierung der Häuser auch eine solche in der eben besprochenen Richtung vorgenommen werden.

Der letzte Satz des Absatz 1, Art. 9 des G. A. V. lautet: «Soweit dem Angestellten bisher höhere Leistungen des Arbeitgebers bewilligt waren, dürfen sie mit Berufung auf diesen Vertrag nicht herabgesetzt werden». Obwohl hier ausdrücklich nur von Leistungen des Arbeitgebers die Rede ist, interpretiert B. dahin, dass hier auch die Kommissions- und Gepäckgelder miteingeschlossen seien. Diese Auslegung, die eine Konzession gegenüber den Concierges bedeutet, darf von uns nicht acceptiert werden. Ueberhaupt dürfte es sich empfehlen, die Einkommen und Einnahmequellen der Concierges gelegentlich unter die Lupe zu nehmen. Wenn es Concierges gibt, die Bundesratsgehälter beziehen, so ist das ein krankhafter Zustand, der aus unserer Hotellerie ausgemerzt werden sollte. Es ist ein Verstoß gegen die gute Sitte, wenn der Lohn in keinem Verhältnis zu den Leistungen des Dienstpflichtigen steht und zwar nicht nur dann, wenn es sich um eine Ausbeutung des Arbeitnehmers handelt, sondern auch im Falle des Concierge, der das mehrfache des seinen Leistungen und seiner Bildung entsprechenden Einkommens bezieht. Nur nebenbei gesagt, ist es unsinnig, solch glänzend gestellten Funktionären noch einen fixen Lohn und Bekleidung ausrichten zu müssen. Ähnliches gilt für Liftier, Badmeister, Masseurs, Masseuses und andere. Ich möchte die Herren Kollegen grosser Häuser bitten, diese Conciergefrage einmal in der «Hotel-Revue» zu beleuchten oder mir die nötigen Aufstellungen und Winke darüber zu unterbreiten, damit ich in der Lage wäre, das Material systematisch zu verarbeiten. M. E. verbietet der G. A. V. und die oben zitierte Stelle desselben ebenfalls nicht, dass gewisse Einnahmen des Concierge dem Hotel zugewandt werden. Und es liesse sich ferner die Frage diskutieren, ob der Posten eines Concierge nicht überhaupt abgeschafft und dessen Funktionen dem Büro angegliedert werden könnten.

Als Saalkellner oder Saaltöchter soll nach B. gelten, wer regelmässig diesen Dienst im Betriebe versieht, gleichgültig, ob eine Berufslehre absolviert hat. Da der Vertrag selber an anderer Stelle von gelerntem und ungelerntem Personal spricht, dürfte richtig sein, wenn diese Unterscheidung auf Saalkellner und Saaltöchter Anwendung findet. Eine ungelernte Saaltöchter, wie solche etwa in Berghotels während kurzer Sommer-saison angestellt werden, würde, streng vertraglich genommen, den Lohn einer ungelernten Anfängerin nicht verdienen. Andererseits liegt es in unserem grossen Interesse, dass ungelernte Saisonpersonal der nähern und weitem Umgebung unserer Berghotels derart zu belohnen, dass wir an ihnen stets eine arbeitsfreudige Hilfsstruppe besitzen.

(Fortsetzung folgt.)

Schweizer. Kongress für Handel und Industrie.

Unter der Ägide des Schweiz. Handels- und Industrie-Vereins trat am 30. und 31. Januar abhin der 2. Kongress für Handel und Industrie der Schweiz im Kasino in Bern zusammen, um über dringende Fragen unseres Wirtschaftslebens zu Handen des Volkes und der Behörden in regen, fruchtbringenden Meinungsaustausch zu treten. Den Vorsitz führte Herr Nat.-Rat Frey, Zürich. Auf der Tagesordnung standen: 1. Bundesgesetz betr. Ordnung des Arbeitsverhältnisses; 2. die Valutafrage und 3. die Rheinfahrt. Bevor in die Erörterung dieser Angelegenheiten eingetreten wurde, teilte der Vorsitzende zunächst mit, im Bundeshaus werde zurzeit die Frage geprüft,

ob und in welchem Umfange auch für das Jahr 1920 die Kriegsgewinnsteuer erhoben werden solle, worüber nach einem Bericht des Schweiz. Finanzdepartements allerdings kein Entscheid fallen werde, bevor die Meinung einer Expertenkommission eingeholt sei, in der die Handels- und Industriekreise die gebührende Vertretung erhalten werden. Sodann konnte der Vorsitzende auf ein Schreiben des Volkswirtschaftsdepartements hinweisen, in welchem sich dieses in Sachen 48-Stundenwoche der vom ersten Kongress geäusserten Auffassung anschliesst, dass die Beschränkung der Arbeitszeit einen Ausgleich finden müsse in der Steigerung der Intensität der Arbeit. Der Kongress erörterte alsdann kurz einige Fragen betreffend die Kriegsgewinnsteuer und genehmigte eine Resolution, in welcher der Bundesrat eingeladen wird, die für den Bau von Arbeiterwohnungen bestimmten Fonds der Industriellen als nicht der Kriegsgewinnsteuer unterworfen zu erklären. Durch Gewährung dieser Erleichterung wäre nach der Überzeugung des Kongresses das Problem der Arbeiterwohnungen einer raschen Lösung entgegengeführt und gleichzeitig auch dem darübergerliegenden Baugeverbe gedient.

Ueber das Bundesgesetz betreffend Ordnung des Arbeitsverhältnisses hielt hierauf Direktor Stauffacher, Basel, das einleitende Referat. Referent erörterte die einzelnen Gesetzesbestimmungen und die daraus sich ergebenden Folgen für Handel, Industrie und Gewerbe, indem er betonte, dass bei allen vorhandenen Mängeln das Gesetz trotzdem einen Fortschritt, einen beachtenswerten Versuch bedeute, an Stelle der bisherigen Lohnkämpfe ein geordnetes Verfahren zu setzen. Wenn auch nicht anzunehmen sei, dass damit alle Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit einem Schlag aus der Welt geschafft werden, zumal viele Konflikte ihren Grund nicht in Lohn Differenzen haben, so bedeute das Gesetz jedenfalls einen grossen Erfolg der sozialdemokratischen Partei, der es damit gelungen sei, die Frage der Lohnbewegung auf das Terrain der eidg. Politik zu stellen. — Dem gleichen Thema war das französische Referat des Herrn Direktor Naville gewidmet, worauf in mehrstündiger Diskussion sich verschiedene Redner gegen das Gesetz aussprachen. So wurde der Verordnung zum Vorwurf gemacht, es erleichtere dem Staat zu sehr die Einmischung in das Arbeitsverhältnis, das viel zweckmässiger auf Grund freier Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geregelt würde. Ein Hauptmangel des Gesetzes sei vor allem der, dass es durch den Gesamtarbeitsvertrag die verschiedenen Verhältnisse der einzelnen Kantone und Gegenden über einen Leisten schlagen, schablonenmässig regeln wolle. Diese Vorwürfe sind unseres Erachtens völlig gerechtfertigt; namentlich ist die Festsetzung von Mindestlöhnen in der Heimindustrie als Fehlgriff zu bezeichnen, im Gegensatz zu der Ansicht jener Herren, die dieser Regelung unter dem Hinweis das Wort redeten, die Verhältnisse in der Heimindustrie drängen auch bei Verwerfung der Verordnung einer baldigen Sanierung zu. (Schluss folgt.)

Reklame 1920?

(Eingesandt aus Mitgliederkreisen.)

Die Frage, wie gestalte ich per 1920 meine Reklame, ist nicht so einfach, wie sie scheint und doch muss etwas getan werden. An eine Reklame «à la Feuilleton», wie in der guten alten Zeit, ist gar nicht zu denken, da die Preise für Reklame in Zeitungen und illustrierten Zeitschriften enorm gestiegen sind. Ueberdies hat man in gewissen Kreisen offenbar noch immer die Idee — die Hotellerie bezahlt schon — kann sich's schon leisten und wenn sie es effektiv nicht mehr leisten könnte — was bei diesen Krisenzeiten tatsächlich der Fall ist — so denken die Herren Verleger und Annoncenjäger, die unkaufmännischen Hoteller rechnen nach altem System schlecht und zahlen alles!

In dieser Frage ist nun einmal der Moment da, energisch Front zu machen gegen alle blödsinnige Geldverschwendung, wie sie aus zu ängstlichen und kleinkleinen Konkurrenzgründen gezeitigt wurde.

Die Hotellerie leidet — dies ist ausser Frage — am meisten von allen Industrien unter der steten Teuerung, weil sie mit allen Erwerbszweigen und Branchen (von den Löhnen sei nicht gesprochen) zu tun hat, Branchen, die der Hotellerie die Preise quasidiktieren können, denn über dringende notwendige Sachen kann bezüglich der Preise nicht endlos diskutiert werden. Anders liegt die Sache mit der Reklame! Hier heisst es: Kollektiv-Reklame vor! Jetzt ist der Moment, das viel missbrauchte Wort: «Solidarität» zur Tat werden zu lassen, schon aus dem einen Hauptgrunde, dass Einigkeit, geschlossenes Zusammengehen gerade in Reklamefragen den persönlichen und geschäftlichen Interessen dienen, die Kollegen dabei Geld und wieder Geld sparen und trotzdem das Wohl ihres Geschäftes und ihres Platzes wahren.

Vor dem Kriege haben schon verschiedene Fremdenplätze kollektiv annonciert, mit Erfolg und dabei viel Geld gespart. Und dies soll besonders auch jetzt unsere Lösung sein; denn es ist Ende Jahres doch offenbar einem

jeden bitter zum Bewusstsein gekommen, wie sich die verschiedenen Annoncen und Annoncen zusammenlappen und am Ende grosse Summen ausmachen, die auch bezahlt werden müssen.

Es gibt nun allerdings 1—2 englische Insertionsorgane, die sich gegen Kollektivaufträge sehr sträuben. Da heisst es aber nun einmal: einig und stark sein und sich sagen, entweder — oder. «Entweder nehmen Sie die Kollektiv-Annonce an oder Sie haben den Platz X nicht unter Ihren Kunden.» Vor diese Alternative gestellt, werden verständige Firmen gewiss nachgeben. Aber eben in einem solchen Falle sollte kein Kollege die Solidarität vergessen und als Outsider im gleichen Blatte allein Propaganda machen. Auch darf es nicht mehr vorkommen, dass einzelne Hoteller sich dazu hergeben, die Rolle des Leithammels zu spielen, indem sie — bewusst oder unbewusst — gestalten, dass ihre Annonce ohne Auftrag da und dort figuriert, was — nach Dr. Bimbus — alles schon dajewesen!

Die Sektionen werden daher in ihrem eigenen Interesse gut tun, mit Auftragserteilungen für Reklame abzuwarten, bis an jedem Platz sich die Kollegen zusammengetan haben, um zu gegenseitigem Nutz und Frommen auch auf diesem Gebiete da — wo angängig — gemeinsam vorzugehen. Seien wir endlich auch hier einmal Kaufleute. Sparen am rechten Ort, denn rechnen heisst jetzt unsere Parole; sie wird sicherlich auch dort imponieren, von wo wir unbedingt Hilfe und Rücksichten erwarten.

G. Nachschrift der Redaktion. In Reklamefragen ist, wie jedem Fachmann bekannt, Einigkeit der Interessenten die Vorbedingung des Enderfolges und Beherrschung des vorstehenden Mahnrufes zur Solidarität daher unbedingt geboten. Wir laden unsere Mitglieder ein, hier auch zu diesem wichtigen Thema Stellung zu nehmen und ihre Gedanken und Anregungen der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Währung und Bilanz.

Der Schweiz. Bundesrat hat kürzlich über die Behandlung der ausländischen Währungen in den Bilanzen von Aktiengesellschaften und Genossenschaften einen Beschluss gefasst, dem wir im Auszuge das folgende entnehmen:

Anwendbar ist der Beschluss, nur auf Wertobjekte, die sich bei dessen Inkrafttreten im Besitze der Gesellschaften befanden oder später an Stelle der ursprünglichen Objekte erworben wurden. Im Auslande gelegene Immobilien und industrielle Anlagen können zu dem Frankentrage in die Bilanz eingestellt werden, der seinerzeit für den Ankauf oder die Errichtung angelegt wurde. Diese Bestimmung gilt ebenfalls für Beziehungen zu ausländischen Aktiengesellschaften, sofern die Schweiz. Gesellschaft mindestens ¼ der Gesellschaftsanteile des ausländischen Unternehmens besitzt. Wenn diese Voraussetzung dagegen nicht zutrifft, so dürfen die auf ausländische Währung lautenden Forderungen und schweiz. Beteiligungen nur zu dem Werte in der Bilanz figurieren, der sich durch Umrechnung auf den mittleren Kurs des dem Bilanztage vorausgehenden Monats ergibt, wobei dann der Betrag des Ausfalles als besonderer Aktivposten in die Bilanz aufgenommen werden darf; dies allerdings nur unter Erfüllung gewisser einschränkender Bestimmungen betreffend spätere Amortisation des Ausfallbetrages. Kommt in der Folge eine Gesellschaft diesen Vorschriften über den Ausweis und die Tilgung des Währungsausfalles nicht nach, so geht sie der Vermögensminderung des Bundesratschlusses überhaup verlustig und es kommen dann die Bestimmungen des Obligationenrechtes unverändert zur Anwendung. Sodann handelt es sich um einen Artikel von der Bestellung eines gerichtlichen Kurators für den Fall, dass der durch Reservenfonds nicht gedeckter Währungsausfall allein oder in Verbindung mit einem Passivsaldo den Betrag des Gesellschaftskapitals übersteigt. Alle Verwaltungshandlungen der Gesellschaft sind alsdann an die Zustimmung des Kurators geknüpft. Im weitern ist eine Gesellschaft berechtigt, für die Amortisation fälliger Kapitalien eine entsprechende Verzinsung ihrer Schulden genügen, infolge der Wirkung von Währungsausfällen das Unternehmen jedoch nicht in der Lage ist, die zur Amortisation nötigen Mittel aufzubringen. Wird einer Gesellschaft die Amortisation der Währungsausfälle verweigert, so haben die gerichtlichen Instanzen die erforderlichen sichernden Massnahmen zugunsten der Gläubiger zu treffen; auch ist während der Dauer der Kapitalstundung die Auszahlung von Dividenden ausgeschlossen.

Der neue Bundesratsbeschluss trat am 31. Dezember 1919 in Kraft; seine Bestimmungen können auf alle Bilanzabschlüsse angewendet werden, die am 31. Dezember noch nicht vollzogen waren.

Kleine Chronik.

Der Verkehr an der Riviera. (VK.) Nach Meldung der Pariser Blätter überfluten die «neuen Reichen» mit ihren Automobilen die französische Riviera und bald werden dieselben die Hotels ausverkauft sein. Diese automobilistische Völkerwanderung nach der französischen Riviera ist eine Folge der enormen Vermögen, die durch Kriegslieferungen entstanden sind. — Zu dieser «Ueberflutung» passte ausgezeichnet der kürzlich vor sich gegangene Streik des Hotelpersonals an der Riviera!

Obstbaukurs der Schweiz. Versuchsanstalt für Obst-, Wein- und Gartenswiss. Im Monat März beginnt ein Obstbaukurs zur Heranbildung von Obstbau-Kursleitem und Berufsbaumwärtern, an dem auch andere Interessenten teilnehmen können, sofern sie die dazu erforderliche Vorbildung besitzen. Zugelassen werden Absolventen von landwirtschaftlichen Schulen und bisherige Kursleiter. Der Kurs dauert acht Wochen und wird der praktischen Übungen und Demonstrationen wegen in vier Teilen abgehalten, von denen der erste drei Wochen im März, der zweite eine Woche im Juni, der dritte, zwei Wochen im Herbst stattfindet, während der letzte mit Prüfung und Diplomerteilung auf den Winter 1922/23 fällt. Anmeldungen sind bis zum 20. Februar an die Direktion der Versuchsanstalt zu richten, die gerne nähere Auskunft erteilt und ausführliche Kursprogramme abgibt.

Ein Abgeordnetenhotel in Wien. (E. V.) Wie aus Wien berichtet wird, besteht dort der Plan ein Hotel für die aus der Provinz kommenden Mitglieder der Nationalversammlung zu schaffen, damit diese nicht mehr gezwungen sind, während der Tagung der Nationalversammlung in privaten Wohnungen zu logieren; denn da die Wohnungsmieten sehr teuer sind, ist für viele Abgeordnete der Aufenthalt in Wien beinahe unmöglich. Es soll nun durch Ankauf eines geeigneten Hotels ein für alle Abgeordnete, die nicht ständig in Wien wohnen, ein bequemes Wohnheim erworben werden, welches den Volkvertretern von der Regierung zu billigen Mietpreisen zur Verfügung gestellt wird.

Reiseverkehr. Der Verband schweizerischer Sekundärbahnen befürchtet, dass in der kommenden Sommerreise und wohl noch auf weitere Jahre hinaus der Fremdenstrom nur sehr geringfügig sein werde und dadurch die schweizerischen Eisenbahnen und Dampfschiffe, speziell die Bergbahnen gegenüber der Zeit vor dem Kriege eine sehr verminderte Touristenfrequenz aufweisen dürften. Der Verband gelangt deshalb an den Bundesrat mit dem Gesuch, es möchten seitens des Bundesdepartementes speziell die schweizerischen Hauptbahnen veranlasst werden, mit Eintritt des Sommerfahrplanes für Schulen, Vereine, Gesellschaften usw. wiederum Fahrvergnügungen zu solchen reduzierten Taxen einzuführen, dass dieselben ihnen das Reisen ermöglichen. Die schwierigen finanziellen Verhältnisse der schweizerischen Transportanstalten können sich nach Ansicht der Gesuchsteller, was den Reiseverkehr anbelangt, nur dann bessern, wenn der zu befürchtende Ausfall teilweise durch Neubelebung der Schul- und Gesellschaftsreisen kompensiert werden kann.

NB. der Red. Wir begrüssen jede Massnahme zur Hebung des Fremdenverkehrs, also auch die Schul- und Vereinsreisen, möchten aber vor allem rosiges Hoffnungen dieser Art warnen. Hotelier und Touristenmänner werden sich erst dann ernstlich zu erheben vermögen, wenn wieder der internationale Touristenstrom zu fliessen beginnt.

Verkehrswesen.

Schlaf- und Speisewagenbetrieb. (VK.) Der Verwaltungsrat der Schweiz. Bundesbahnen hat seine Zustimmung zu einem Verträge erklärt, den die Generaldirektion mit der Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft in Paris betreffend den Betrieb von Schlafwagen und Speisewagen sowie von Luxuszügen auf den schweizerischen Eisenbahnen für die Dauer von 15 Jahren abgeschlossen hat.

Die notleidende Bernina-Bahn. Der Grosse Rat des Kantons Graubünden gewährte der Bernina-Bahn ein Darlehen von 200.000 Fr. und einen Beitrag zur Deckung des letztjährigen Defizites von 20.000 Fr. Ferner wurden 30—35.000 Fr. durch die interessierten Gemeinden aufgebracht. Der Bundesrat hat ebenfalls ein Darlehen von 200.000 Franken zugesagt. Durch diese Hilfe wird es der Bahn möglich gemacht, den Winterbetrieb aufrecht zu erhalten.

Reform der internationalen Posttaxen. Der Bundesrat hat die Instruktionen festgelegt für die schweizerischen Delegierten an eine demnächst abzuhaltende internationale Konferenz, welche die Posttaxen den neuen Verhältnissen anpassen haben wird. Dem Vorschlag nach werden unter andern die internationale Brieftaxe von 25 auf 40 Rappen und die internationale Postkartentaxe von 10 auf 20 Rappen erhöht werden.

Sorgfältige Behandlung der Güter. Das schweizerische Eisenbahndepartement sieht sich auf Reklamationen der schweizerischen Handels- und Industrievereine hin veranlasst, die schweizerischen Transportanstalten einzulassen, sie möchten ihrem Personal die sorgfältigere Behandlung der Warensendungen dringend empfehlen. In letzter Zeit haben sich die Beschwerden des Publikums wegen grober und fahrlässiger Behandlung der Güter etc. stark vermehrt. Insbesondere sollen Klagen des Verbandes schweizerischer Zuckerwaren- und Biskuitfabrikanten vorliegen.

Die Ordnung des Luftverkehrs. Der Bundesrat hat einen Beschluss gefasst über die Ordnung des Luftverkehrs in der Schweiz. Nach dem Beschluss ist der unschädliche (inoffensive) Luftverkehr über dem Gebiet der Schweiz in Friedenszeiten frei, wobei aber der Bundesrat berechtigt ist, das Überfliegen gewisser Gebiete aus Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit oder aus militärischen Gründen zu verbieten oder einzuschränken. Der Bundesrat kann eine besondere Stelle, ein sogenanntes «Luftamt» schaffen. Der Bundesrat als oberste Aufsichtsbehörde behält sich das Recht vor, Luftstrassen, welche die Luftfahrzeuge einzuhalten haben, vorzuschreiben und Landungsplätze zu bestimmen. Jedes Luftfahrzeug bedarf der besonderen Verkehrsbewilligung; ohne besondere Bewilligung darf ein Fahrzeug nicht mit einer Einrichtung für drahtlose Telegraphie ausgerüstet werden. Gewerbmässige Luftverkehrsunternehmen bedürfen einer besonderen Bewilligung der Aufsichtsbehörde. Diese Bewilligung wird an Ausländer nur erteilt, sofern sie durch einen Staatsvertrag ausdrücklich vorgesehen ist. Der Beschluss enthält sodann eine Reihe von polizeilichen Vorschriften, wobei unter anderem bestimmt wird, dass die Beförderung von Sprengstoffen, Kriegswaffen und Munition durch Luftfahrzeuge im schweizerischen Luftgebiet verboten ist. Endlich regelt der Beschluss die Haftpflichtfrage, sowie die Frage des Gerichtsstandes und enthält Strafbestimmungen gegen die Übertretung der Vorschriften des Beschlusses. Der Beschluss tritt am 1. April 1920 in Kraft.

Literatur.

«Das Füllhorn». Schweizer. Volkswirtschaftliches Jahrbuch 1920, in Kalenderform, 160 Seiten. Reich illustriert. Preis 2 Fr. Verlag Otto Walter, Olten. — Der Füllhornkalender trägt nicht zu Unrecht seinen Namen, denn er enthält eine Fülle des reichhaltigsten, interessantesten Materials des täglichen Lebens wie: Tarife, statistische Tabellen und

Zusammenstellungen aus allen Berufsarten, aus Handel, Gewerbe und Verkehr. Wir kennen keinen Kalender, der so guten Gewissens zur Anschaffung empfohlen werden könnte, wie das «Füllhorn».

Pro Helvetia. Das Jahrbuch dieser prächtigen Monatschrift enthält neben einem Geleitwort auf das Jahr 1920 eine vorzügliche Studie, «Die fryen Wälder» von Hans Schmid, während Major Isler, der Kommandant des Flugplatzes Dübendorf, sich über die Richtlinien für die Entwicklung unserer Militär-Flavität verbreitet. Sportfreunde werden mit Interesse den Ausführungen über den Schweizer Eislaufring von Hans Valär in Davos, Vorstandsmitglied der grossen «Internationalen Eislaufring-Vereinigung», begegnen. Das Jahrbuch zeugt wiederum von der steten Entwicklung dieser geistigen nationalen Zeitschrift.

Fremdenfrequenz.

Bern. Laut Mitteilung des Verkehrsbureaus Bern verzeichneten die städtischen Gasthöfe im Monat Jan. 1920 9.821 (1919: 12.191) Personen. Davon entfielen auf die Schweiz 1.825, Deutschland 634, Frankreich 308, Österreich 305, Russland 194, England 405, Amerika 177, andere Länder 937.

St. Moritz. Amtliche Fremdenstatistik. Am 23. und 24. Januar 1920 waren anwesend:

	1920	1919
Schweizer	680	824
Dänen, Schweden, Norweger	16	11
Holländer	160	33
Belgier	17	14
Franzosen	77	12
Engländer	352	25
Italiener	52	25
Deutsche	282	239
Deutsch-Oesterreicher	35	124
Jugoslawen	—	—
Ungarn	10	—
Tschecho-Slowaken	10	—
Griechen	19	—
Polen	7	—
Russen	11	27
Portugiesen und Spanier	30	62
Nord-Amerikaner	37	27
Süd-Amerikaner	32	—
Balkan-Staaten	33	—
Angehörige anderer Nationen	36	58
Kurgästzahl	1904	1542
Dazu Privatdiensterschaft	218	191
Insgesamt	2122	1833

Warnungstafel.

Von zuverlässiger Seite werden wir veranlasst, unsere verehrten Mitglieder vor einem gewissen Dr. Stephan, der sich verschiedenenorts starker Zechprellerei schuldig gemacht hat, nachdrücklich zu warnen. Gleichzeitig werden wir von der

eidg. Fremdenpolizei ersucht, auf diesem Wege an der Feststellung des derzeitigen Aufenthaltsortes des Genannten mitzuwirken. Wir bitten um sofortige zuverlässige telegraphische oder schriftliche Mitteilungen über Dr. Stephan und dessen Begleitung.

Direktion des Zentralbureaus S. H. V. Basel.

Briefkasten der Direktion.

An Verschiedene. «Nicht nachlassen gewinnt». Die Hilfsaktion muss forciert werden vorab durch energische Bekundung des Willens zur Selbsthilfe, also durch Zeichnungen aus den Hotelierkreisen selbst. Dieser Tage findet eine Besprechung mit Herrn Bundesrat Schulthess statt. Der Zentralvorstand wird die Situation am 20./21. d. behandelnd. Nachher wird den Sektionen detaillierte Aufklärung zugehen.

J. in W. Dank für Ihre Zuschrift in Sachen Artikel über Mittelständische Hotels in letzter Nummer. Ich warte weitere Äusserungen ab; die Frage betreffend Preis ist natürlich diskutierbar. Die Reklame bedürfte einer gewissen Einheitlichkeit und müsste daher wohl organisiert werden. Zentralvorstand und Ausschuss werden sich mit der Angelegenheit beschäftigen.

B. Z. in W. Der Zentralvorstand wird voraussichtlich in seiner Sitzung vom 20./21. d. den Chef der Abteilung Plazierungsdienst wählen; die Vorbereitungen für den Betriebsbeginn sind im Gange. Vorläufig muss der Weg des Inserates in der «Hotel-Revue» noch dienen. Sie sehen, dass der bezügliche Teil gut besetzt ist.

L. in W. Herzlichen Dank für Ihre Anregungen zum Ausbau der «Hotel-Revue». Hoffentlich haben Sie recht viele Nachfolger und auch — Nachfolgerinnen! Ich freue mich sehr, dass Ihre Frau Gemahlin so starkes Interesse bekundet. Die Gewissheit der geistigen Mitarbeit aller Kreise tut not und gut! Beste Empfehlung.

Redaktion — Rédaction:

A. Matti. A. Kurer. Ch. Magne.

Inseratenschluss: Donnerstag abend.

Clôture des insertions: Jeudi soir.

HOLLAND.

Tausende Anfragen von Reisenden für die Schweiz erledigt das Intern. Verkehrsbureau Amsterdam-Haag. Wollen Sie eine gute Propaganda in Holland und Kolonien, so lassen Sie sich doch von unserem Vertreter E. Kraal, Rosserstrasse 48, Zürich 2, beraten.

LUZERN, Hotel u. Pension Wagner.

Volle Südlage. Prima Küche. Fließ. Wasser in den Zimmern. Mittlere Preise. C. Wagner, Besitzer.



Empfehlenswerte Firmen der Weinbranche Maisons recommandables de la branche vinicole



Berger & Cie.

Langnau (Berne) et Morges (Vaud)
VINS EN GROS
Agence générale et dépôt pour la Suisse de:
SAINT-MARCEAUX & C^{ie}, REIMS
Grands vins de Champagne
ESCHENAUER & C^{ie}, BORDEAUX
Vins fins de Bordeaux
CHAMPY PÈRE & C^{ie}, BEAUNE
Grands vins de Bourgogne

Vins de Villeneuve

Le seul ayant figuré sur la carte des vins du Pavillon
«Hospes 1914» de l'Exposition nationale suisse.
Propriété de
Ch.-F. BUTTICAZ, Lausanne
Alexandra Grand-Hôtel.

LENDI & C^o

ST. GALLEN und CHUR
liefern:
1^{er} VELTLINER FLASCHENWEINE
BÜNDNER RHEINWEINE

Schweiz. Wein-Import Gesellschaft A.-G., Basel

TISCH-, TAFEL- und FLASCHENWEINE
MALAGA, VERMOUTH, ASTI, CHAMPAGNER ETC.
Alleinverkauf für die ganze Schweiz der:
Bordeauxweine des Hauses J. Lebigue & Co. in
Cantanne-Margaux, Médoc, gegründet 1828
Original-Malaga von Hijos de M.A. Heredia in Malaga
Champagnerweine des Hauses Górárd de Re-
condo in Epervy
und anderer Marken.
Man verlange unsere Preisliste und Proben.
10 % Skonto bei Barzahlung.

P. Brugger & C^{ie}

Schaffhausen
empfehlen ihre feinen
Ostschweizer Beerliweine

H. Neithardt-Stierlin, Zürich

Weinhandlung Limmathof
empfiehlt sich für Lieferung reeller in- und
ausländischer Weine.
Spezialität: **Bordeaux u. Burgunder**,
offen und in Flaschen. **Franz. Champagner**.

GRANDS VINS DE CHAMPAGNE

Georges Boulet - Heidsieck Monopole - Louis Roderer
Pommery & G^o - Vre. Cliquet-Pousard - Lanson
Mott & Chandon - St-Marceaux - Dutz & Geldermann
Vins de BORDEAUX et BOURGOGNE - Liqueurs
Prix spéciaux pour hôtels et restaurants
RENAUD FRÈRES, BALE

MAISON LÉGERET, MONTREUX

Vins, Liqueurs, Spiritueux des Grandes Marques
Vins de Bordeaux de la Maison A. de Luze & Fils
Vins vaudois des meilleurs crus
Liqueurs: Assortiment complet, marques connues
Porto rouge Royal Köpke
Vermouth Français - Whiskies - Gordon Dry Gin

Ed. Vielle & Cie.

Négociants en vins
Ancienne Maison E. VIELLE-GIGON, fondée en 1812
Propriétaires à NEUCHÂTEL, à CHÉNAS (Beaujolais &
Maconnais), et GEVREY-CHAMBERTIN (Côte-d'Or)
VINS VAUDOIS et VALAISANS
— Spécialité de vins rouges de table —

CIRAVEGNA & Co., GENÈVE

Vermouth NOBLESSE
DÉLICIEUSE GOURMANDISE

A. Rutishauser & Co. A.-G.

SCHERZINGEN
Spezialitäten in
Ostschweizer- und Tirolerweinen

R. von TOBEL & C^{ie}

Telephon 664 BERN Telephon 664
Spezialität: **Rotweine aller Provenienzen**
Depot der Firmen Orsat frères, Martigny und
der Champagnerfabrik Pernod S. A., Couvet

Grands Vins du Valais

Orsat Frères, Martigny
Clos de Montbèux Fendant — Mollignon Fendant
Etoile du Valais 1918 Fendant pétillant
Dôle, Clos de Ravanny Rouge :: ::
Grand Mousseux Valaisan :: ::

E. Christen & Cie., Basel

Weinhandlung
Feine Flaschen- u. Champagnerweine
Liköre, Cognac, Whisky usw.
alles in nur erstkl. Qualität von den bestrenommierten Marken
— Verlangen Sie unsere Preislisten —

LATOUR & C^{ie}, MOTIERS (Canton de Neuchâtel)

VINS FINS et ORDINAIRES
— ESPAGNE: Priorato 15 — Rioja —
— St-Georges — Côtes-du-Rhône — Macon
— Beaujolais — Bordeaux — Bourgogne
MALAGA: 5 ans — 3 ans — 2 ans
NEUCHÂTEL BLANC — CORTAILLOU ROUGE 1919

FRATELLI CORTI

BALERNA

Prima

VELTLINER WEINE

in
Flaschen und Gebinden
liefert
LORENZ GREDIG
PONTRESINA.

Bruckner & C^{ie}, Bâle

Maison fondée en 1848
Güterstrasse 206 — Téléphone 3751

Liqueurs Marnier :: Vins suisses et étrangers

Cognac, Rhum, Kirsch etc. — Vermouth, Malaga, Vinaligre

PROBST & C^{ie}

BIEL-BIENNE
Waadtlander - Walliser - Neuenburger
FRANZÖSISCHE ROTWEINE
Spezialität: DOLE DE SION

NEUCHÂTEL

Blancs
et
Rouges
en bouteilles et
demi-bouteilles

CARTE BLANCHE

CUVÉE RÉSERVÉE
Eug. Secretan & Cie.
propriétaires-encaveurs
COLOMBIER (Neuchâtel)

Voir Mise en garde!

Aux Comités des Sections et à nos honorés Membres.

Les organisations d'employés, dans le conflit provoqué par l'application du Contrat collectif de travail dans les Grisons, recourent aux insertions payées dans les journaux quotidiens. Pour le moment, nous ne pouvons ni ne voulons imiter cette manière de mener la lutte, qui cadre bien mal avec le coût actuel de la vie comme avec les allocations de renchérissement et qui provoque des critiques, non seulement dans le public en général, mais aussi parmi les employés réfléchis.

Par contre, nous prions instamment de faire partout en sorte que les grands journaux comme la presse locale renseignent exactement leurs lecteurs en s'inspirant des rapports véridiques parus dans la «Revue des Hôtels». Du reste, les agences d'information de la Suisse nous aideront de leur côté à éclairer l'opinion en répandant un exposé qui leur a été communiqué et qui est strictement en harmonie avec les faits.

Nouvelles de la Société.

Le Comité-directeur s'est réuni les 4 et 5 février à Bâle et a liquidé une longue liste de tractanda. Étaient présents MM. Bon, Président central, Häfeli et Gölden, ainsi que M. le Directeur Kurier. Après lecture et approbation du procès-verbal de la dernière séance, le Comité passe à l'examen de la situation financière de la Société et à celui du budget pour 1920, y compris une révision des traitements. Parmi les autres questions discutées, nous signalons notamment: rapport sur l'action de secours et communications à ce sujet à la Commission fédérale d'experts, au Département fédéral de l'économie publique et au Comité central; régularisation des prix et liquidation des questions pendantes y relatives; rapport sur le contrat collectif de travail, sur l'activité de l'Office central, sur l'élaboration d'un commentaire du contrat collectif et sur le conflit des Grisons; examen des offres reçues pour le poste de chef du Bureau de placement et organisation financière de ce bureau; attitude à prendre vis-à-vis des démarches ultérieures de l'Association des hôtels d'intermédiaires; déplacement du Bureau central; préparation de la prochaine réunion du Comité central, qui aura lieu les 20 et 21 février. Le Comité a examiné enfin une série de communications de la Direction et les décisions provisoires prises dans ces différentes questions.

En prévision de la prochaine assemblée du Comité central, les sections et les membres individuels sont invités à communiquer en temps utile, à la Direction, les objets qui devraient figurer à l'ordre du jour de cette réunion, sous les rubriques: Communications des sections ou des membres et divers.

Le lundi 9 février, M. le Conseiller fédéral Motta a reçu M. Quattrini, de l'Office suisse du tourisme et M. le Directeur Kurier, auxquels avait bien voulu se joindre M. le Conseiller national Dr. Zimmerli, à Lucerne. Il s'agissait d'examiner les réclamations formulées au sujet de l'entrée en Suisse des clients des hôtels comme au sujet de leur sortie. La question des indemnités aux hôtels d'intermédiaires a été également soulevée. M. le Président de la Confédération a manifesté une attitude bienveillante vis-à-vis des vœux exprimés par la délégation au sujet des modifications indiquées par les circonstances dans le fonctionnement de la police des étrangers. Il a ménagé en outre aux membres de la délégation une entrevue avec M. le Conseiller fédéral Haab, suppléant du Chef du Département fédéral de justice et police, ainsi qu'avec M. le Prof. Delaquis, chef de section au dit département. Le Chef du Département fédéral de chemins de fer a également entendu les vœux de la délégation au sujet des améliorations désirables dans le transport des voyageurs. Nous reviendrons sur ces questions dans le compte-rendu de la prochaine réunion du Comité central. Pour le moment, nous renouvelons la prière de nous faire connaître promptement toutes les réclamations formulées, en indiquant le plus exactement possible tout ce qui concerne les localités ou bureaux, les dates et les personnes, car une pétition commune au Haut Conseil fédéral est en projet.

Guide des Hôtels-pour 1920.

L'application de la régularisation des prix est une chose décidée, obligatoire pour toutes les sections et pour tous les membres. Le Guide des hôtels, basé sur les nouveaux prix, doit être mis sous presse le plus tôt possible, si l'on ne veut pas mettre gravement en danger le succès de la prochaine saison. Le Guide nous est réclamé journellement par l'Office suisse du tourisme, par les bureaux de renseignements des C. F. F. et par de très nombreuses personnes des pays d'où peuvent nous venir des hôtes. Il s'agit de faire acte de prévoyance et de solidarité et d'abandonner les objections mesquines, même si elles peuvent paraître justifiées dans le moment présent.

La défense personnelle demandée de l'énergie et de la grandeur d'âme. C'est là une nécessité absolue. Nous ne devons plus perdre une seule semaine. Toute hésitation, tout retard seraient préjudiciables aux collègues qui veulent remplir leur devoir comme à nous-mêmes en particulier.

Une importante circulaire.

En date du 7 février, le Vorort de la Société Suisse du Commerce et de l'Industrie a adressé aux Sections la circulaire suivante:

Le cas s'est déjà souvent présenté en Suisse que lors de l'inscription au Registre du commerce de Sociétés par actions ou de Sociétés coopératives, les mises de fonds des différents associés ont été indiquées en valeurs monétaires étrangères. On en peut dire autant pour les Sociétés en commandite, où les apports des commanditaires peuvent être exprimés également en valeurs monétaires étrangères. Il est facile de concevoir que le capital étranger participe fréquemment à la constitution financière d'entreprises. D'autre part, le Code suisse des Obligations, contrairement au Code de commerce allemand, ne contient aucune disposition obligeant les Sociétés inscrites dans le Registre du commerce suisse à indiquer exclusivement leur capital en valeur monétaire suisse. Aussi les autorités n'ont-elles pas empêché jusqu'à présent d'inscrire les apports de capitaux au Registre du commerce en valeurs monétaires étrangères. Par contre, étant données l'instabilité des cours et les complications qui en résultent dans les questions de responsabilité juridique, il a été interdit en principe d'indiquer simultanément la même somme en valeurs monétaires différentes.

Le niveau actuel du cours de l'argent à l'étranger pose maintenant la question de savoir si la pratique suivie jusqu'à ce jour peut être continuée, ou bien s'il ne serait pas utile, dans l'intérêt de la sécurité juridique et de l'économie publique suisse, de demander que tous les apports de fonds, pour autant qu'ils doivent figurer dans le Registre du commerce, soient indiqués exclusivement en valeur monétaire suisse. La baisse considérable du cours de plusieurs valeurs monétaires étrangères semble fournir un motif de prendre cette mesure en sérieuse considération.

Si une pareille décision intervenait, soit par voie de décret, soit par simple mesure administrative, elle aurait pour conséquence que les obligations vis-à-vis de tiers résultant de la participation à un capital de fondation devraient être nécessairement exprimées en valeur monétaire suisse. Cette prescription mettrait notre droit suisse en harmonie avec le droit allemand. En effet, aux termes du § 180 du Code de commerce allemand, le montant de chaque action doit être exprimé en marks.

La question soulevée ici par le Département fédéral de justice et police a une portée économique considérable, car elle tend à empêcher la disparition des capitaux étrangers travaillant en Suisse et à prévenir ainsi des préjudices portés à l'économie publique suisse en général.

Nous vous invitons donc à examiner mûrement quelles seraient à votre avis les conséquences d'une pareille mesure et si, après vous être livrés à cette étude, vous estimez que le Conseil fédéral doit se résoudre à prendre des dispositions dans ce sens. Nous vous prions de considérer la question moins au point de vue juridique qu'au point de vue avant tout économique, car si la nécessité économique de cette mesure est démontrée, le décret d'exécution ne pourrait guère soulever n'importe quelle difficulté au point de vue du droit.

Cette affaire ayant un caractère d'urgence, nous vous prions de bien vouloir nous transmettre le résultat de votre étude jusqu'à la fin de février au plus tard.

Au nom du Vorort de la

Société Suisse du Commerce et de l'Industrie.

Le président: Alfred Frey.

Le 1^{er} secrétaire: Hultegger.

P. S. Les comités des Sections de la S. S. H. sont également invités à faire connaître le plus tôt possible à la Direction soussignée leur opinion sur la question soulevée dans la circulaire ci-dessus. Nous recevrons aussi avec plaisir les communications particulières de ceux de nos membres que cet important problème intéresse particulièrement.

La Direction du Bureau central de la S. S. H. à Bâle.

Le Contrat collectif de travail dans les Grisons.

(Conférence de conciliation devant l'Office central.)

La séance de l'Office central convoquée à Zurich pour le 20 janvier fut renvoyée au 2 février, le président de l'Office, M. l'avocat Hügli, ayant été empêché d'y prendre part à cette première date. Les représentants des deux parties étaient au complet. Assistaient également à la conférence une délégation de l'hôtellerie grisonne et le Directeur du Bureau central de la Société Suisse des Hôtels. Le personnel était cette fois représenté de nouveau par des professionnels, en partie par des employés ayant déjà pris part à la conférence du 2 janvier à Coire.

Dès le début de la séance, le président fit remarquer que l'Office central ne siègeait pas comme tribunal arbitral, mais comme instance de conciliation dans le litige survenu entre la Société des hôtels des Grisons et les membres de l'Union Helvétique des employés d'hôtels.

Pour autant qu'une plainte existait contre la Société Suisse des Hôtels, M. le Directeur Kurier se réserve de présenter des objections aussi bien formelles que matérielles. Chaque fois que l'on se trouvera en présence de défauts du contrat collectif actuel ou de dispositions impossibles à observer, il se réserve le droit de réclamer loyalement des améliorations et éventuellement des pourparlers en vue de la conclusion d'un nouveau contrat ou de contrats partiels (régionaux). Il se réserve enfin de s'abstenir ultérieurement, s'il le juge à propos, de recourir à ces différentes mesures.

Ceci dit, il n'y avait plus ni plaintes ni accusations, et les débats furent, sur un pied d'égalité, passés à la discussion des points en litige. Les pourparlers aboutirent aux résultats suivants:

Durée du travail, repos et congés. Ce n'est pas le contrat collectif qui sera applicable en la matière, mais la loi cantonale grisonne sur le repos hebdomadaire et les clauses d'exécution. Ainsi des arrangements équitables, deviennent possibles entre le patronat et le personnel.

Engagements sans salaire. Le chef des associations du personnel propose de laisser tel quel dans le contrat collectif le passage relatif à cette question, mais par contre de confier à l'Office central le soin de décider si le produit des pourboires est assez élevé pour justifier dans certains cas des engagements sans salaire (concierges, filles de salle, chefs baigneurs, masseurs, masseuses, liftiers). Cette proposition est acceptée.

Classification des hôtels. M. le Directeur Angst, de St. Moritz, motive le postulat de l'hôtellerie des Grisons tendant à répartir les hôtels, non pas en deux classes, mais en quatre classes de tarifs: cette classification serait objectivement plus juste et plus exacte. Après une discussion générale approfondie et une discussion séparée de la délégation patronale, ce postulat est finalement abandonné, mais sous la réserve que l'Office central, dans les matières touchant la classification prévue actuellement dans le contrat collectif, s'efforcera d'en adoucir les dispositions.

Salaires fixes. Comme on le sait, les postulats de la Société des hôteliers des Grisons prévoyaient quatre classes de tarifs d'hôtels; ils offraient à certaines catégories d'employés des conditions bien meilleures que celles du contrat collectif, à la condition de supprimer les allocations de saison. Cette offre fut ensuite abandonnée, la suite de la discussion ayant démontré l'intransigence du personnel dans la question des allocations de saison.

Allocations de saison. Ici les représentants patronaux maintinrent en principe et énergiquement leur manière de voir, tout en proposant, par esprit de conciliation, une certaine allocation pour des engagements de courte durée, à savoir jusqu'à une durée d'un mois 30%, jusqu'à deux mois 20% et éventuellement une petite allocation jusqu'à une durée de trois mois. Cette proposition fut repoussée. Alors M. Kienberger proposa de porter le taux des allocations à 40% jusqu'à un mois d'engagement, à 25% jusqu'à deux mois et à 15% jusqu'à trois mois, les engagements de plus longue durée n'étant pas considérés comme engagements de saison. M. Baumann repoussa également cette deuxième proposition, estimant que son acceptation équivalait à l'abrogation du contrat collectif. Il suggéra toutefois une solution en ce sens que l'Office central serait autorisé à réduire les allocations de saison dans tous les cas où les hôtels pourraient démontrer qu'il leur serait impossible de faire face à leurs affaires en se conformant strictement aux dis-

positions du contrat collectif. Cette contre-proposition fut repoussée par M. le Dr. Münch au nom du patronat, ce qui provoqua la déclaration suivante du chef des organisations du personnel:

«Les représentants ici présents du personnel des hôtels ne peuvent prendre dans cette séance aucun engagement définitif; ils doivent au préalable soumettre encore une fois les propositions et les postulats de l'hôtellerie grisonne aux instances compétentes de leurs organisations, en vue de leur ratification. Ils s'engagent par contre à faire connaître jusqu'au 4 février au matin, au président de l'Office central et au président de la délégation des hôteliers des Grisons, M. Branger, la réponse définitive des associations du personnel.»

Le point culminant de la discussion était ainsi franchi. Les représentants patronaux prirent acte de la déclaration de M. Baumann, s'estimant fondés à attendre sans la moindre inquiétude la décision des organisations d'employés.

Il faut relever que le président de l'Office central lui-même, étant donné que l'application de la loi cantonale grisonne sur le repos hebdomadaire et de ses clauses d'exécution n'est pas acceptée par les deux parties, considéra cette question comme tranchée.

D'autre part, les représentants patronaux prirent l'engagement moral de s'entretenir auprès de la Société des Hôteliers des Grisons en faveur d'une élévation des salaires de certaines catégories de cuisiniers (chefs de parties, etc.) et de beaucoup d'établissements ne seraient pas rémunérés en proportion du travail qu'ils ont à fournir. La délégation promet donc d'agir auprès des Sections de la Société des Hôteliers des Grisons en vue de remédier à cette situation défavorable.

Quant à la plainte contre la Direction du Bureau central de la S. S. H., elle ne put venir en discussion. L'Office central, aux termes du règlement, devant auparavant communiquer une copie de la plainte à la S. S. H. et lui accorder un délai d'au moins cinq jours pour y répondre.

En somme, cette séance ne laissa pas une mauvaise impression. La présence de professionnels parmi les représentants de la partie adverse semblait avoir exercé une influence modératrice sur la manière de combattre du porte-parole des employés. La discussion ne pouvait qu'y gagner en objectivité. Seul le secrétaire régional Böhm se permit un ton agressif en prétendant que l'hôtellerie grisonne cherchait à assainir sa situation financière aux dépens des employés. Cette insinuation valut à son auteur une verte réplique de la part de M. Branger. Cet incident mis à part, la discussion se déroula sans frottement grave, grâce, surtout à l'excellente direction du président de l'Office central.

Il faut relever en outre que la séance fut interrompue à plusieurs reprises, pendant des intervalles plus ou moins longs, pour permettre aux deux parties de discuter séparément au sujet des points en litige. Cette manière d'agir contribua beaucoup au maintien du calme. Ceci prouve d'autre part que la partie adverse elle-même considère le contrat collectif comme pouvant être «discuté» et qu'elle continue à reconnaître la nécessité de tenir compte «des circonstances particulières et des différences existant dans les divers établissements».

La conférence de conciliation ayant abouti à de bons résultats, on pouvait se féliciter de ce que la voie fut ouverte à une entente arbitrale à l'amiable et à ce que la rupture menacée pût être évitée. Mais ces espérances devaient être trompeuses. La déclaration définitive des associations du personnel au sujet de l'acceptation ou du rejet des postulats de la Société des Hôtels des Grisons, comme nous l'avons annoncé brièvement à nos lecteurs dans notre dernier numéro, fut négative sur tous les points, sauf sur celui de la durée du travail et du repos. Il est vraisemblable que la délégation du personnel n'avait fait ses déclarations conciliantes que sous l'influence adoucissante de la discussion et qu'ensuite, livrée de nouveau à elle-même, elle changea d'opinion. Il est possible qu'elle ait eu en poche, à Zurich déjà, la réponse négative toute prête et qu'elle ait argumenté uniquement pour gagner du temps.

Bref, l'Union Helvétique, ponctuelle pour la première fois depuis de nombreux mois, communiqua sa réponse négative à Bâle déjà jeudi matin, c'est-à-dire quelques heures avant que nous eussions connaissance de Coire par la voie télégraphique. La réponse, adressée télégraphiquement à M. Branger, à l'Hôtel Lukmanier, à Coire, le 4 février, était conçue dans les termes suivants:

«Lucerne, 4 février 1920, 12 h. 30 n.
Branger, Lukmanier, Coire.

L'Union des associations du personnel repousse en principe toute atteinte matérielle au contrat collectif de travail. Sans vouloir établir un antécédent pour les autres parties du pays et bien que le protocole de ratification du 4 août ne l'oblige à des concessions que dans des cas particuliers, elle demeure disposée à concéder à l'hôtellerie des Grisons l'application générale de la loi cantonale grisonne sur le repos hebdomadaire et de ses dispositions correspondantes contenues dans l'article 19 du contrat collectif, ce à la condition que l'on veuille bien reconnaître le dit contrat et l'appliquer strictement dans toutes ses autres parties, à la condition également que son application stricte ne la loi, suivant une interprétation équilibrée. On connaît notre manière de voir à cet égard. Nous tenons au contrôle minutieux de l'application de la loi par les pouvoirs publics. Nous maintenons cette offre de concession jusqu'à jeudi soir.

Voici les motifs qui nous ont paru décisifs pour écarter les autres demandes: les Hôteliers des Grisons et la représentation de la S. S. H. ne veulent pas encore rester sur le terrain du droit. Ils parlent de reconnaissance du contrat seulement

Liqueur CORDIA MÉDOC

Agence générale pour la Suisse

JEAN HAECKY IMPORTATION S.A., BÂLE.

quand on leur fait des concessions. Ils se refusent encore à reconnaître que les allocations de saison sont en principe justifiées. Ils continuent à qualifier d'immoral et d'arbitraire le contrat collectif qui, après les années de misère de la guerre, devait garantir au personnel un certain minimum d'existence. Les mesures de représailles prises depuis l'été dernier malgré la clause de paix ont fait disparaître les sentiments de confiance et ont détruit malheureusement la foi dans la bonne volonté de la partie adverse. Les incontestables que l'on est opposé dans les Grisons au contrat collectif pour des raisons de principe également, c'est-à-dire parce que le contrat constitue un instrument collectif et obligatoire de la réglementation des conditions de travail: ceci est prouvé par l'attitude de la Chambre de commerce des Grisons, avec laquelle l'hôtellerie se solidarise, ainsi que par les déclarations parues dans le dernier numéro de la « Revue des Hôtels ». L'acceptation de concessions régionales spéciales tend évidemment à abroger peu à peu et avant le terme le contrat tout entier conclu par le pays. Nous nous en référons sous ce rapport aux déclarations explicites de M. Kurer, qui ne laissent aucun doute sur la portée de l'action séparée des Grisons. En même temps on repousse toute réglementation légale des conditions de travail. Des organisations qui sont tenues de veiller à la restauration du travail jusqu'en 1921 s'efforcent constamment et avec persistance d'obtenir l'annulation prématurée de ce contrat. Ainsi menacés, les employés préfèrent ne pas exposer leur droit indubitable au danger d'une violation voulue et consciente et veulent le protéger eux-mêmes. Les organisations du personnel laissent aux organisations patronales le soin de chercher des juges qui, comme on nous en a menacés, se baseront sur l'immoralité du contrat pour se ranger à la manière de voir patronale et annuler prématurément le dit contrat. Les organisations du personnel ne redoutent nullement une semblable explication devant des juges. Enfin il est incontestable que cet hiver les stations des Grisons sont fréquentées d'une manière très réjouissante et que d'autre part elles font tout leur possible pour tirer d'affaire avec un minimum de personnel. Si malgré cela on ne veut pas même accorder les minima prévus dans le contrat, ceci prouve que les revendications relatives aux conditions les plus nécessaires de l'existence des employés sont destinées à subir de nouvelles restrictions insupportables en vue de la restauration financière de l'hôtellerie: cela prouve aussi que cet état de choses doit continuer pendant des années encore, sans égard à l'affluence dans les hôtels ni aux résultats des comptes d'exploitation, pour aboutir finalement à une spoliation du personnel.

En cas d'acceptation jusqu'à jeudi soir de la concession exposée ci-dessus, nous demeurons, ainsi que les associations du personnel, prêts à examiner si dans certains cas particuliers motivés, où l'application du contrat paraît trop dure, des concessions peuvent être prévues. Les organisations des dernières propositions que nous avons présentées à l'Office central. La concession relative à la loi sur le repos hebdomadaire, même après son acceptation éventuelle, est révoquée de notre part dès que l'une des conditions inhérentes à cette concession ne serait pas exécutée.

(signé) Baumann.

Le 5 février, la délégation de la Société des Hôtels des Grisons expédiait le télégramme suivant, en réponse au précédent:

« Union Helvetia, Lucerne.

La Société des Hôtels des Grisons maintient sa manière de voir en ce qui concerne: 1° l'application exclusive de la loi cantonale grisonne sur le repos hebdomadaire pour tout ce qui touche la durée du travail et des congés; 2° l'allocation de saison conformément à la proposition Kienberger; 3° le décompte des pourboires pour toute la saison; 4° l'engagement des cuisiniers, chefs baigneurs, masseurs, massesseuses, lifteurs, filles de salle, en principe sans salaire, des arrangements étant réservés pour chaque cas particulier.

(signé) Branger.

Alors ce fut la rupture! Les associations du personnel décrétèrent le boycott de l'hôtellerie des Grisons. Cette décision ne surprend nullement le patronat: il était à prévoir que l'hôtellerie avait pris des dispositions en conséquence. La loi cantonale sur le repos hebdomadaire et les concessions faites par la délégation des hôtels répondent entièrement aux revendications essentielles des employés. Il ne s'agit donc pas d'obtenir de meilleures conditions en ce qui concerne la durée du travail et les salaires. Le personnel veut essayer sa force. Son chef a déclaré: « Les hôtels ne peuvent pas fonctionner sans personnel. Les hôtels devront se soumettre: c'est moi qui m'en charge! » Leur prétendue victoire du 4 août 1919 a placé les employés dans une situation qui n'est aucunement favorable. Nous ne jalons pas cette « victoire ». Nous nous permettons toutefois de poser la question de savoir si même au point de vue du personnel il n'est pas été plus raisonnable, au lieu de se cramponner comme on l'a fait au texte du contrat collectif, de se ranger à l'avis très sage des employés professionnels travaillant dans l'hôtellerie grisonne, recommandant des efforts communs du patronat et des employés pour traverser avec le moins de dommage possible la période actuelle de dépression, en partageant les sacrifices comme les avantages dans ce temps de transition. Les chefs des associations du personnel en ont jugé autrement. Il appartient maintenant aux employés de leur témoigner la reconnaissance qu'ils méritent. Mais dans l'état de choses présent, on est forcé de reconnaître que le patronat est allé dans ses concessions jusqu'à l'extrême limite de ce qui était permis par le souci de sa propre existence et de l'existence de l'industrie hôtelière grisonne. Il ne porte aucune responsabilité dans la rupture qui s'est produite et dont il peut attendre toutes les conséquences la conscience tranquille. Ces considérations ne doivent pas rassurer et renseigner seulement l'hôtellerie grisonne, mais l'hôtellerie de toutes les régions où les mêmes circonstances peuvent obliger à prendre la même attitude.

Quelques réflexions sur le „Commentaire Baumann“.

(Suite.)

Il est vrai qu'à l'heure actuelle nous sommes en présence d'un tout autre courant. A la page 13 de son commentaire, M. Baumann émet cette assertion: « Il est très vraisemblable que le contrat, d'accord avec les deux organisations patronales, sera rendu par les autorités fédérales exécutoire dans toute la Suisse, c'est-à-dire qu'il devrait être observé également par les patrons qui ne sont nullement organisés. » La législation actuelle interdit une pareille manière d'agir. Ou bien il existe un contrat collectif de travail, exécutoire par les contractants et par eux seulement, ou bien on établit un contrat normal de travail exécutoire seulement par les patrons qui ne stipuleront pas expressément le contraire en engageant des employés. L'assertion de M. Baumann aurait donc simplement pour but d'effrayer ceux des hôteliers et des aubergistes qui songeraient peut-être à quitter leurs organisations. Il n'est pas nécessaire de tirer ainsi en l'air pour nous engager à rester fidèles à nos associations. Nous ne les sacrifierons pas à des avantages momentanés et personnels. Au contraire, nous devons travailler énergiquement à développer nos organisations respectives et à grouper le plus étroitement possible tous les employeurs, afin d'empêcher par tous les moyens que les conditions de travail stipulées avec nos employés soient réglementées par une loi. Car nous savons par expérience que le législateur en général, comme le Haut Conseil fédéral en particulier ne se sont jamais montrés les amis bienveillants du patronat. Nous devons avant tout nous opposer à ce que le contrat collectif de travail devienne le contrat-type de l'avenir, comme le suggère si bien et d'une manière si convaincante M. Baumann à la page 14 de son commentaire. Nous sommes persuadés que le contrat collectif de travail, pour autant qu'il s'applique à toutes les régions de la Suisse, constitue pour notre industrie une véritable absurdité et qu'il ne doit être renouvelé en aucun cas. Aussi me permettrai-je de proposer aux organes dirigeants de la Société Suisse des Hôtels d'étudier la question de savoir si le contrat collectif de travail, malheureusement en vigueur aujourd'hui ne devrait pas être dénoncé avant le terme, c'est-à-dire dès maintenant, afin de montrer publiquement qu'il est inexécutable, afin d'attirer l'attention sur ses graves défauts, sur ses lacunes dangereuses, comme sur l'interprétation de certaines prescriptions, interprétation qui devra absolument trouver place dans un contrat ultérieur.

Commentant l'art. 2 du contrat collectif, M. Baumann prétend que l'employé est passible du paiement d'une indemnité seulement dans le cas d'un dommage causé par une négligence grossière ou même volontairement. Les indemnités de casse seraient ainsi supprimées. Cette interprétation contredit le Code des Obligations, qui prévoit l'obligation de l'indemnité même pour le cas de simple négligence. C'est ce qui est indiqué clairement et justement à l'art. 7 du projet de contrat normal de travail (page 66 du commentaire Baumann), où il est dit: « L'employé est responsable pour les dommages qu'il a causés à son patron, intentionnellement ou par négligence. (C. O., 328, 3e al.). » C'est une perfidie de la part de M. Baumann d'écrire dans le même ouvrage, ici que seule une grossière négligence implique l'obligation de l'indemnité, et quelques pages plus loin, dans le contrat normal de travail, que la responsabilité découle déjà de la simple négligence. En qualité de commentateur, il doit pourtant savoir que théoriquement et juridiquement il y a une grande différence entre la négligence grossière et la simple négligence; il doit savoir notamment que par simple négligence on entend le manque de l'attention requise en général, et par grossière négligence le manque de cette attention qui doit présider à tout acte particulier de chaque individu capable de jugement. M. Baumann nie ainsi l'existence d'une attention spéciale professionnelle, tandis que nous nous plaçons au point de vue juridique exact et confirmé par la pratique des tribunaux suivant lequel, par exemple, l'habileté professionnelle d'un garçon de salle doit lui faire éviter de casser la vaisselle et les verres. On doit pouvoir exiger de cet employé un plus grand soin dans la manipulation de son matériel que d'un tiers quelconque, qui par exception seulement se trouve avoir l'occasion de manipuler les mêmes objets. Comme on le voit, les secrétaires ouvriers en appellent volontiers à la loi et la placent au-dessus des contrats lorsqu'elle

est favorable à leur cause, mais ils la renient lorsqu'elle protège le patron. En résumé, l'indemnité de casse n'est pas supprimée par l'art. 2 du contrat.

On ne peut pas souscrire non plus à l'interprétation suivant laquelle, partout où il n'y a pas de première table d'employés, le personnel qui y aurait droit doit recevoir une indemnité mensuelle de 30 francs, équivalant à la différence d'évaluation des deux tables. A mon avis, la stipulation du contrat accordant une meilleure table à certains employés ne concerne que cette catégorie de maisons où la coutume est d'avoir deux tables pour le personnel ou qui les avaient déjà avant l'entrée en vigueur du contrat. Le paiement d'une indemnité de table ne peut pas être imposé à des maisons d'importance secondaire, qui pour des motifs techniques ou financiers donnent la même pension à tous leurs employés, d'autant plus que les tarifs contractuels ne tiennent pas assez compte, ou même ne tiennent pas du tout compte de la classification des hôtels suivant le nombre de lits.

La classification des hôtels donnera maintes fois du fil à retordre à l'Office central. M. Baumann repousse comme ridicule (p. 23) l'assertion que la place de Davos, par exemple, ne compte aucun établissement de première classe (nous entendons par là des établissements de luxe). Je mettrai cette opinion de M. Baumann sur le compte de son ignorance des questions professionnelles hôtelières. Les désignations d'établissements de luxe et d'établissements de première classe ne découlent pas de considérations locales, mais de considérations générales, valables pour la Suisse entière.

(à suivre.)

Petites Nouvelles

Le Danemark va interdire les vins et les alcools. La Commission nommée pour remédier au bas cours de la monnaie danoise dans les pays de l'Entente a décidé de proposer d'interdire l'importation des marchandises de luxe, par exemple le vin, le cognac et toutes les boissons alcooliques de l'étranger.

Dans le Midi de la France. Le préfet des Bouches-du-Rhône vient de prendre un arrêté ordonnant aux hôteliers, aux tenanciers de pensions et aux propriétaires de maisons meublées d'afficher en permanence, en gros caractères, de façon très apparente, à l'entrée de leurs établissements, le nombre de locaux vacants dont ils disposent et leur prix de location, à la journée et à la nuit, par 24 heures, à la semaine, au mois, etc. L'arrêté est motivé par les plaintes nombreuses adressées aux autorités contre l'exagération du prix des chambres dans les hôtels, pensions et maisons meublées, par les contestations qui en résultent. Depuis bien longtemps, en effet, l'Hôtel Bristol était le pied-à-terre préféré entre tous des rois et des princes de l'Europe venus à Paris incognito. Edouard VII, Georges Ier de Grèce, dom Carlos et dom Manuel de Portugal, Alphonse XIII d'Espagne, Oscar et Gustave de Suède, Frédéric de Danemark, les reines Alexandra d'Angleterre et Amélie de Portugal y ont logé à maintes reprises. Les salons de l'hôtel, au moment de la fermeture, contenaient encore de nombreux souvenirs du séjour des rois Edouard, Georges et dom Carlos. C'était à l'Hôtel Bristol que les personnalités princières réalisaient la visite des présidents de la République.

Le marché des vins italiens. En 1918, année où la récolte avait déjà été considérée comme médiocre au point de vue de la quantité, la production vinicole totale de l'Italie avait atteint 36,400,000 hl. La récolte de 1919 a été plus faible encore: 30,000,000 hl. La production moyenne des années 1912 à 1918 a été de 40,597,000 hl, bien que l'année 1915 n'ait donné que 19,055,000 hl. L'approvisionnement relativement faible de l'Italie et la forte demande résultant des hauts salaires payés actuellement aux ouvriers expliquent la hausse formidable des prix. Alors que de 1912 à 1918 les prix avaient varié de 22 à 120 fr., l'hectolitre de la dernière récolte se paie en moyenne 280 fr. Cette hausse a eu naturellement sa répercussion sur l'exportation en Suisse, en France et dans l'Amérique du Sud. La France peut se passer des vins italiens, sa récolte, y compris la Corse, l'Algérie et l'Alsace, ayant atteint 60 millions d'hectolitres. L'exportation en Amérique est rendue presque impossible par les difficultés de transport. Malgré le cours du change, la Suisse ne peut pas payer le prix énorme coté en Italie. C'est donc une année difficile qui s'ouvre pour le marché des vins chez nos voisins du sud.

Trafic.

Taxes téléphoniques et télégraphiques. Dernièrement, les Bases réunies de la Commission du Conseil national chargée d'étudier le relèvement des taxes téléphoniques et télégraphiques.

La Commission a adhéré en principe aux propositions du Conseil fédéral du 8 septembre 1919, à savoir: pour les télégrammes, augmentation de la taxe fixe de 30 à 50 cent. et de la taxe par mot de 2 1/2 à 5 cent. (pour la presse, la taxe de 2 1/2 cent. ne sera pas modifiée); pour les communications téléphoniques, augmentation de la taxe locale de 5 à 10 centimes, augmentation de 25 à 10 %, décroissant selon la distance, des taxes interurbaines. Le communiqué officiel à la presse relève que pour rétablir l'équilibre financier dans l'administration fédérale des télégraphes et des téléphones, une augmentation des recettes s'impose d'une manière urgente. La Commission du Conseil national accepte les augmentations de taxe pour une durée de deux ans au plus, la décision devant être prise en vertu des pleins pouvoirs. Dans l'intervalle, un projet de révision des lois fédérales du 22 juin 1877 sur les télégraphes et du 27 juin 1889 sur les téléphones sera soumis aux Chambres. Augmentation des impôts, augmentation des taxes postales et des tarifs des chemins de fer, augmentation des taxes télégraphiques et téléphoniques: décidément le vent est aux augmentations, sur toute la ligne. Le public sera mécontent, mais il paiera. Si au moins les administrations fédérales fonctionnaient d'une manière irréprochable, contribuant dans la mesure du possible à la bonne marche de l'industrie et du commerce. Car enfin, pour faire face à toutes ces augmentations, il faudra bien que les clients des chemins de fer, des postes, des télégraphes, des téléphones, fassent eux aussi par augmenter leurs propres recettes.

Boîte aux lettres de la Direction.

A divers. C'est la persévérance qui donne le succès. L'action de secours doit être soutenue énergiquement. Il faut maintenir surtout la volonté de s'aider soi-même et pour cela il faut que l'on s'inscrive des actions dans les milieux hôteliers. Prochainement aura lieu une conférence avec M. le Conseiller fédéral Schulthess. Le Comité central examinera la situation les 20 et 21 février. Un exposé détaillé sera envoyé ensuite aux Sections.

J. à W. Merci pour votre communication au sujet de l'article relatif aux « hôtels pour les classes moyennes ». J'attends d'autres commentaires sur la question. Le prix est évidemment à discuter. La réclamation devrait être organisée. Le Comité central et le Comité Directeur vont s'occuper de l'affaire.

B. Z. à W. Le Comité central élira probablement le Chef du service de placement dans ses séances des 20 et 21 février. Les préparatifs pour l'ouverture de cette nouvelle section sont en cours. Provisoirement, il faut recourir encore aux insertions dans la « Revue des Hôtels ». Vous constaterez qu'elles sont nombreuses.

L. à B. Merci chaleureux pour vos idées sur la transformation de la « Revue des Hôtels ». Puisse votre exemple avoir de nombreux imitateurs, et même des imitatrices! Je suis heureux de l'intérêt témoigné à notre journal par Madame L. La certitude de la collaboration intellectuelle de tous les milieux est nécessaire et profitable. Bonnes salutations.

Mise en garde!

Attention! Des informations autorisées nous engagent à mettre les membres de la S. S. H. en garde contre un certain Dr. Stephan, qui, en différents endroits est parti sans régler sa note. D'autre part, l'Office fédéral de la police des étrangers nous invite à l'aider à découvrir le lieu de séjour du dit Dr. Stephan. Nous prions donc de nous adresser, télégraphiquement ou par lettre, des renseignements certains sur le sieur Stephan et éventuellement sur les personnes qui l'accompagnent.

La Direction du B. C. de la S. S. H. à Bâle.

Gare au piège. La maison F. W. Holdorf, à Leipzig, Office de renseignements pour hôtels, stations balnéaires et villégiatures d'été, cherche actuellement à obtenir dans les hôtels de la Suisse des commandes d'insertions dans sa *Liste d'hôtels recommandés*. L'opération est menée sous une forme particulièrement indisciplinée et même impudente, en ce sens que la maison susdite joint à son offre la quittance du montant de la commande espérée. On compte bien que le « petit truc » ne manquera pas son effet et que de nombreux naïfs mordront à cette amorce! Nous demandons nos lecteurs en garde contre ce piège déjà suffisamment connu.

PARIS. 5 hôtels à vendre au prix de frs. 400,000, 800,000, 900,000, 1,300,000 et 1,700,000. Bénéfice du change. S'adresser à O. Amel-Aubert, Bâle.

Geschäftsbücher :: für Hotels ::

wie Receptenbücher, Kassabücher, Memorial, Hauptbücher, Konto-Korrente, Unkostenbücher etc., mit deutschem oder französischem Aufdruck, liefert prompt und billig

Zentralbureau des Schweizer Hoteller-Vereins in Basel.

Musterbogen gratis zur Einsicht.

Hotel Viktoria, San Bernardino (Graub.)

sucht für Sommerbetrieb tüchtige, organisatorische Kraft als

Direktor.

Verlangt werden erstklassige Referenzen und Beherrschung der italienischen Sprache in Wort u. Schrift. Sich zu melden an G. Schönbberger, Postfach, Lugano. 2941

KOHLEN

(als Schieferkohlen), mit hoher Heizkraft und keine Schlacke ergebend, speziell geeignet für Industrie u. Zentralheizungen. Inform. zugewiesen: Mörschweiler Kohlen A.-G., Mörschwil (St. Gallen). (als Referenz).

Wir empfehlen uns bestens für Lieferung von:

Fisch- und Plattenpapiere – Tortenpapiere
Serviettentäschchen (praktisch und solid)

Papierservietten – Trinkhalmen

Einwickelpapiere aller Art

Klosettpapier – Topfhüllenpapier

Alfred Müller & Co., Lenzburg

Papierwarenfabrik.

Tafel-Kunst-Monig

mit Blenheimkugelsatz
Kaffee, Brandy-Mischung, 1 kg. versendet fr. 5.50, an gegen Nachnahme.
D. Rügger-Zeller,
Unterterzen am Wallensee.
Telefon Nr. 25.

Zahnstocher

empfehlen als Lager

Goetschel & Co.

Chaux-de-Fonds.

Vorzugsofferte:

Kaffee, Hotel-Mischung, geröstet oder gemahlen, Fr. 4.40 p. Kg.
Kaffee, Brandy-Mischung, 1 kg. versendet fr. 4.50
Kaffee, Wiener-Mischung „ „ „ 5.20
Kaffee, Angestellten-Mischung, gebrauchsfertig, „ 8.80
Kaffee, Haushalts-Mischung, „ 4.40
Tee, 1. Indische Spezialmischung für Hotels „ 9.50
Jap. Salin, Original, 500 Gramm, „ 2.50
Sardinen, Marke Maria Elisabeth, 92 mm. Dose, „ 1.30
Gewürze, Pfeffer, Nelken, Zimt, zu Tagespreisen. „ 111
Ed. Widmer & Co., Haringerstr. 17, Zürich 1, Tel. H. 2950.
Kaffee-Import – Kaffee-Großröster – Gewürzmühle.

Tüchtige, erfahrene

Hotel-Directrice

gewogen in Hotel von 85 Betten, sucht sich zu verändern auf 1. oder 15. März. Jahres-Stelle bevorzugt. Beste Referenzen. Ggf. Offerten unter P. E. 2939 an die Annoncen-Abteilung der Schweiz. Hotel-Neu, Basel 2.

Gesucht in erstklassiges Haus am Vierwaldstättersee, per
Mitte März: **Chef de cuisine, Aide de cuisine**
Gassereller, Keller, Linder für alle. Chiffre **15000**

Sekretärin: Tochter, 23 Jahre, deutsch und franz. korrespondierend, perfekt holländisch und ziemlich englisch sprechend, sucht Stelle als Sekretärin. Offerten unter Chiffre c 6284 an die Publicitas S.A., Montreux. (403)

Volontär: Junger Deutscher, 21 Jahre, Hotellersohn, grosse, repräsentable Krascheining, weitgewandt, firm im Journal.

Pâtissier, gelernter, schon im Hotel tätig gewesen, sucht auf
1. März Stelle in Hotel oder Restaurant. Alter 33 Jahre. —
Prima Zeugnisse. Offerten an: W. J., postrestante Gstaad. (308)

Pâtissier - Aide de cuisine sucht Stelle neben Chef de

natürlich jede in besonderer, verschlossener Enveloppe und mit Portoheilage für die Weiterleitung.

Die Expedition.